

PRESSEKONFERENZ

Erste Medienresonanz auf die Pressekonferenz

des DEHOGA Bundesverbandes
am Dienstag, 5. September 2023, in Berlin

Im Fokus:

Gastgewerbe 2023: Bilanz und Ausblick

Zukunftsängste nehmen zu – 7% Mehrwertsteuer müssen bleiben



Stand: 6. September 2023

(Nur zum internen Gebrauch)



VIDEO

DEHOGA fordert Beibehaltung der 7 % Mehrwertsteuer im Gastgewerbe

Stand: 05.09.2023 16:16 Uhr



Max Kell, RBB, tagesschau, 05.09.2023 16:00 Uhr



FAZ

Festhalten an Mehrwertsteuer : Deutsches Gastgewerbe warnt vor „Preisschock für die Gäste“

- Aktualisiert am 05.09.2023-13:00



[Bildbeschreibung einblenden](#)

Biergärten und Cafés mit Terrasse sind bei dem Spätsommerwetter derzeit voll. Doch die Branche blickt skeptisch in die Zukunft. Bild: dpa

Ab 2024 soll die Mehrwertsteuer in Hotels und Gastronomie wieder auf 19 Prozent erhöht werden. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband warnt vor den weitreichenden Folgen für Verbraucher.

Hotels und Restaurants in Deutschland blicken skeptisch in die Zukunft und sorgen sich um das Auslaufen von Steuererleichterungen Anfang 2024. „Die Existenzängste in der Branche sind unvermindert hoch“, sagte Präsident Guido Zöllick vom Branchenverband [Dehoga](#) am Dienstag in Berlin. „Mit 45,5 Prozent erwarten fast die Hälfte unserer Unternehmen, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher.“

Das Sommergeschäft lief für das Gastgewerbe in Deutschland einer Umfrage des Branchenverbands Dehoga zufolge schlechter als erwartet. Mehr als jeder zweite befragte Betrieb gab dabei an, schlechtere Geschäfte gemacht zu haben als im Vorkrisen-Sommer 2019, wie Zöllick sagte. „Und selbst im Vergleich zu 2022 sagen das 40,7 Prozent“, betonte der Dehoga-Chef.

Dem Statistischen Bundesamt zufolge lagen die Umsätze der Branche im ersten Halbjahr 2023 inflationsbereinigt um mehr als zehn Prozent unter dem Halbjahresniveau aus dem Vorkrisenjahr 2019. Im Vergleich zum Vorjahr legte der Umsatz in den ersten Monaten noch deutlich zu. Im Mai und Juni stagnierte das Wachstum allerdings bei zuletzt knapp drei Prozent.

Neben dem wechselhaften Wetter und der generellen Konsumzurückhaltung der

Verbraucherinnen und Verbraucher seien dafür auch die gestiegenen Kosten verantwortlich. Laut Umfrage hätten die Unternehmen im August für den Einkauf von Lebensmitteln rund ein Viertel mehr Geld ausgeben müssen als im Vorjahresmonat.

Betriebe schreiben Verluste

Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei zugleich steigenden Kosten befürchteten 28 Prozent der Betriebe, 2023 sogar Verluste zu schreiben. Wegen massiv gestiegener Kosten appellierte Zöllick erneut an die Politik, die auf sieben Prozent gesenkte [Mehrwertsteuer](#) dürfe 2024 nicht wieder auf 19 Prozent erhöht werden. „Das führt zu einem Preisschock für die Gäste.“

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) fordert seit längerem, die in der Corona- und Energiekrise reduzierte Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie dauerhaft niedrig zu halten. Nach mehrfacher Verlängerung soll der Steuersatz im Januar 2024 wieder von sieben auf die ursprünglichen 19 Prozent steigen. Dies müssten die Betriebe aber in vollem Umfang an die Gäste weitergeben wie auch weitere Kostenbelastungen, „da die Gastronomen keine Spielräume und Reserven mehr haben“, warnte Zöllick. Im ersten Halbjahr waren die Umsätze - bereinigt um steigende Preise - zum Vorkrisen-Niveau von 2019 real um 10,4 Prozent gesunken. Die nominalen Erlösen hingegen waren inflationsbedingt knapp zehn Prozent höher.

Allein 2020 und 2021 hat die Branche laut Dehoga 36.000 Unternehmen verloren. Im nächsten Jahr drohe beim Auslaufen der Steuererleichterung 12.000 weiteren Betrieben das Aus, erklärte der Dehoga zu einer Umfrage unter rund 6500 Unternehmen. Demnach lagen die Preise für Lebensmittel den befragten Firmen zufolge zuletzt um durchschnittlich 25,3 Prozent höher als im August 2022, die von Getränken um 18,1 Prozent und die von Energieprodukten um 41,3 Prozent. Personalkosten erhöhten sich zudem um 21,0 Prozent.

LIVE ABSTIMMUNG  1.231 MAL ABGESTIMMT

Soll der abgesenkte Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie bestehen bleiben?

Vielen Dank für Ihre Meinung!



Frankfurter Allgemeine



LIVE ABSTIMMUNG  1.231 MAL ABGESTIMMT

Soll der abgesenkte Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie bestehen bleiben?

Vielen Dank für Ihre Meinung!



Frankfurter Allgemeine

OPINARY 

LIVE ABSTIMMUNG  1.231 MAL ABGESTIMMT

Soll der abgesenkte Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie bestehen bleiben?

Vielen Dank für Ihre Meinung!



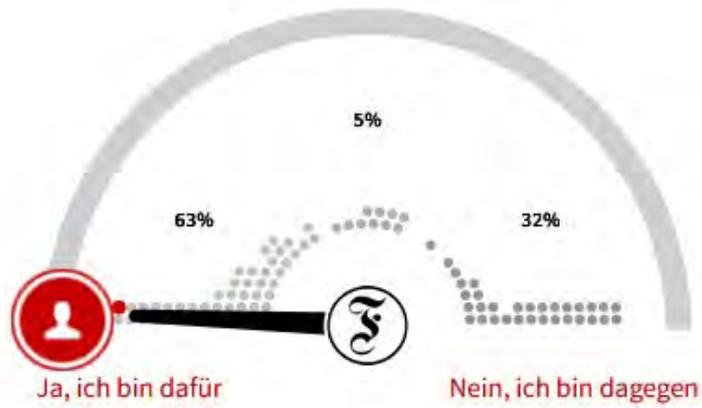
Frankfurter Allgemeine

OPINARY 

LIVE ABSTIMMUNG  1.231 MAL ABGESTIMMT

Soll der abgesenkte Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie bestehen bleiben?

Vielen Dank für Ihre Meinung!



Frankfurter Allgemeine

OPINARY 

**Pro 7 Newstime vom 05.09.2023 um 19:55
(ab Minute 6:14 / Screenshot)**



er 2023, Nr. 205 Süddeutsche Zeitung

Preisschock in der Gastronomie

Viele Gastwirte wollen die Preise erhöhen – teils deutlich, wegen der hohen Inflation

Berlin – Überdurchschnittlich viele Einzelhändler und Gastwirte wollen einer Umfrage zufolge in den kommenden Monaten ihre Preise heraufsetzen. Das Barometer für die Preiserwartungen in der deutschen Gesamtwirtschaft sank zwar im August auf 14,7 Punkte, von 16,3 im Juli, wie das Münchner Ifo-Institut zu seiner monatlichen Unternehmensumfrage mitteilte. Bei den Einzelhändlern sank der Wert allerdings nur von 34,9 auf 33,5 Punkte, in der Gastronomie von 47,8 auf 46,6. Zähler sowie beim Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln von 55,3 auf 55,1 Punkte.

Hotels und Restaurants in Deutschland kritisieren zudem erneut das Auslaufen von Steuererleichterungen Anfang 2024. „Die Existenzängste in der Branche sind unvermindert hoch“, sagte Präsident Guido Zöllick vom Branchenverband Dehoga in Berlin. „Mit 45,5 Prozent erwarten fast die Hälfte unserer Unternehmen, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher.“ Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei zugleich steigenden Kosten befürchteten 28 Prozent der Betriebe, 2023 sogar Verluste zu schreiben. Wegen massiv gestiegener Kosten appellierte Zöllick erneut an die Politik, die auf sieben Prozent gesenkte Mehrwertsteuer dürfe 2024 nicht wieder auf 19 Prozent erhöht werden. „Das führt zu einem Preisschock für die Gäste.“

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) fordert seit Längerem, die in der Corona- und Energiekrise reduzierte Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie dauerhaft niedrig zu halten. Nach mehrfacher Verlängerung soll der Steuersatz im Januar 2024 wieder von sieben auf die ursprünglichen 19 Prozent steigen. Dies müssten die Betriebe aber in vollem Umfang an die Gäste weitergeben wie auch weitere Kostenbelastungen, „da die Gastronomen keine Spielräume und Reserven mehr haben“, warnte Zöllick. Im ersten Halbjahr waren die Umsätze – bereinigt um steigende Preise – zum Vorkrisenniveau von 2019 real um 10,4 Prozent gesunken. Die nominalen Erlöse hingegen waren inflationsbedingt knapp zehn Prozent höher. Allein 2020 und 2021 hat die Branche laut Dehoga 36 000 Unternehmen verloren. Im kommenden Jahr drohe beim Auslaufen der Steuererleichterung 12 000 weiteren Betrieben das Aus. **REUTERS**

Frankfurter Rundschau

[UKRAINE-KRIEG](#)[POLITIK](#)[PANORAMA](#)[EINTRACHT](#)

[Startseite](#) › [Wirtschaft](#)

Steuern steigen wieder: Hotels und Restaurants warnen vor Preisschock für Gäste

05.09.2023, 17:12 Uhr

[Kommentare](#)

Dem Gastgewerbe in Deutschland bereitet das Ende der gesenkten Mehrwertsteuer Sorgen. Auf Gäste würden dann im kommenden Jahr hohe Preise zukommen – und auf Hotels und Restaurants hohe Verluste.

Berlin – [Hotels und Restaurants in Deutschland sorgen sich um das Auslaufen von Steuererleichterungen](#) Anfang 2024. „Die Existenzängste in der Branche

sind unvermindert hoch“, sagte Präsident Guido Zöllick vom Branchenverband Dehoga am Dienstag in Berlin. „Mit 45,5 Prozent erwarten fast die Hälfte unserer Unternehmen, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher.“

Gastgewerbe: Mehrwertsteuer soll nicht wieder auf 19 Prozent erhöht werden

Wegen sinkender Gästezahlen bei zugleich höheren Kosten befürchteten 28 Prozent, 2023 Verluste zu schreiben. Aufgrund massiv gestiegener Kosten appellierte Zöllick erneut an die Politik, die auf sieben Prozent gesenkte Mehrwertsteuer dürfe 2024 nicht wieder auf 19 Prozent erhöht werden. „Das führt zu einem Preisschock für die Gäste.“



Bleiben die Tische künftig öfter leer? Viele Gastronomen und Hotelbetreiber sorgen sich um die Zukunft. © Sina Scholdt / dpa

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) fordert seit längerem, die in der Corona- und Energiekrise reduzierte Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie dauerhaft niedrig zu halten. Nach mehrfacher Verlängerung soll der Steuersatz im Januar 2024 wieder von sieben auf die ursprünglichen 19 Prozent steigen. Dies und andere Kosten müssten die Betriebe aber voll an die

Gäste weitergegeben, „da die Gastronomen keine Spielräume und Reserven mehr haben“, warnte Zöllick. Gut 90 Prozent der Firmen würden laut Dehoga-Umfrage ihre Preise dann erhöhen.

Hotel- und Restaurantgewerbe vor viertem Verlustjahr in Folge

In den ersten sechs Monaten waren die Umsätze - bereinigt um steigende Preise - zum Vorkrisen-Niveau von 2019 real um 10,4 Prozent gesunken. Die nominalen Erlöse hingegen waren inflationsbedingt knapp zehn Prozent höher. „Es wird von dem Verlust, den wir im ersten Halbjahr eingefahren haben, nichts wieder aufgeholt“, sagte Zöllick. Die Branche hänge 2023 hinter dem Niveau von 2019 hinterher. „Damit steuert das Gastgewerbe auf das vierte Verlustjahr in Folge zu“, erklärte Zöllick.

Allein in den [Pandemie](#) -Jahren 2020 und 2021 mit längeren Lockdowns hat die Branche laut Dehoga 36.000 Unternehmen verloren. Im nächsten Jahr drohe beim Auslaufen der Steuererleichterung 12.000 weiteren Betrieben das Aus, erklärte der Dehoga zur Umfrage unter rund 6500 Unternehmen. Demnach lagen die Preise für Lebensmittel zuletzt um durchschnittlich 25,3 Prozent höher als im August 2022, die von Getränken um 18,1 Prozent und die von Energieprodukten um 41,3 Prozent höher. Personalkosten stiegen zudem um 21,0 Prozent.

Zwei Drittel der Deutschen lehnen höhere Steuern ab

Fast zwei Drittel der Betriebe meldeten der Umfrage zufolge im Sommer sinkende Gästezahlen und gut die Hälfte schlechteren Umsatz als 2019. Viele befürchten, dass bei einer wieder höheren Mehrwertsteuer weniger Gäste kämen und diese dann auch spürbar sparen würden. Deshalb sagen für diesen Fall rund 70 Prozent sinkende Nettoumsätze voraus. Laut Insa-Umfrage für den Dehoga lehnen zwei Drittel der Deutschen eine höhere Steuer ab und mehr als jede oder jeder Zweite würde dann seltener essen gehen. [Auch bayerische Gastronomen lehnen die geplante Erhöhung ab, es wird von einer „unsozialen“](#)

Idee gesprochen.

LESEN SIE AUCH



**Heizungsgesetz
wird beschlossen:
Was Eigentümer
und ...**

LESEN



**Renten-Paradies
Bulgarien –
Auswanderin
erzählt: „Hier bin ...**

LESEN



**Er
sre
Re
ke**



MEIN BEREICH

„Tourismus funktioniert nicht ohne Gastgewerbe“, mahnte Zöllick. Es dürfe kein weiteres Kneipensterben auf dem Dorf oder in Innenstädten geben. „Restaurants und Cafés sind die öffentlichen Wohnzimmer der Gesellschaft.“ Der Lobbyist rief die Politik auf, anders als bisher Essen - ob in der Gastronomie, im Supermarkt oder zum Mitnehmen - einheitlich mit sieben Prozent zu besteuern. Er sei zwar optimistisch, aber auch realistisch, weil es letztlich „eine Frage des Haushalts“ sei. *(Reuters, lf)*

Kommentare

[Startseite](#) › [Wirtschaft](#)

Steuern steigen wieder: Hotels und Restaurants warnen vor Preisschock für Gäste

05.09.2023, 17:12 Uhr

[Kommentare](#)

Dem Gastgewerbe in Deutschland bereitet das Ende der gesenkten Mehrwertsteuer Sorgen. Auf Gäste würden dann im kommenden Jahr hohe Preise zukommen – und auf Hotels und Restaurants hohe Verluste.

Berlin – [Hotels und Restaurants in Deutschland sorgen sich um das Auslaufen von Steuererleichterungen](#) Anfang 2024. „Die Existenzängste in der Branche sind unvermindert hoch“, sagte Präsident Guido Zöllick vom Branchenverband Dehoga am Dienstag in Berlin. „Mit 45,5 Prozent erwarten fast die Hälfte unserer Unternehmen, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten

schlechter laufen als bisher.“

Gastgewerbe: Mehrwertsteuer soll nicht wieder auf 19 Prozent erhöht werden

Wegen sinkender Gästezahlen bei zugleich höheren Kosten befürchteten 28 Prozent, 2023 Verluste zu schreiben. Aufgrund massiv gestiegener Kosten appellierte Zöllick erneut an die Politik, die auf sieben Prozent gesenkte Mehrwertsteuer dürfe 2024 nicht wieder auf 19 Prozent erhöht werden. „Das führt zu einem Preisschock für die Gäste.“



Bleiben die Tische künftig öfter leer? Viele Gastronomen und Hotelbetreiber sorgen sich um die Zukunft. © Sina Schuldt / dpa

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) fordert seit längerem, die in der Corona- und Energiekrise reduzierte Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie dauerhaft niedrig zu halten. Nach mehrfacher Verlängerung soll der Steuersatz im Januar 2024 wieder von sieben auf die ursprünglichen 19 Prozent steigen. Dies und andere Kosten müssten die Betriebe aber voll an die

Gäste weitergegeben, „da die Gastronomen keine Spielräume und Reserven mehr haben“, warnte Zöllick. Gut 90 Prozent der Firmen würden laut Dehoga-Umfrage ihre Preise dann erhöhen.

Hotel- und Restaurantgewerbe vor viertem Verlustjahr in Folge

In den ersten sechs Monaten waren die Umsätze - bereinigt um steigende Preise - zum Vorkrisen-Niveau von 2019 real um 10,4 Prozent gesunken. Die nominalen Erlöse hingegen waren inflationsbedingt knapp zehn Prozent höher. „Es wird von dem Verlust, den wir im ersten Halbjahr eingefahren haben, nichts wieder aufgeholt“, sagte Zöllick. Die Branche hänge 2023 hinter dem Niveau von 2019 hinterher. „Damit steuert das Gastgewerbe auf das vierte Verlustjahr in Folge zu“, erklärte Zöllick.

Allein in den [Pandemie](#)-Jahren 2020 und 2021 mit längeren Lockdowns hat die Branche laut Dehoga 36.000 Unternehmen verloren. Im nächsten Jahr drohe beim Auslaufen der Steuererleichterung 12.000 weiteren Betrieben das Aus, erklärte der Dehoga zur Umfrage unter rund 6500 Unternehmen. Demnach lagen die Preise für Lebensmittel zuletzt um durchschnittlich 25,3 Prozent höher als im August 2022, die von Getränken um 18,1 Prozent und die von Energieprodukten um 41,3 Prozent höher. Personalkosten stiegen zudem um 21,0 Prozent.

Zwei Drittel der Deutschen lehnen höhere Steuern ab

Fast zwei Drittel der Betriebe meldeten der Umfrage zufolge im Sommer sinkende Gästezahlen und gut die Hälfte schlechteren Umsatz als 2019. Viele befürchten, dass bei einer wieder höheren Mehrwertsteuer weniger Gäste kämen und diese dann auch spürbar sparen würden. Deshalb sagen für diesen Fall rund 70 Prozent sinkende Nettoumsätze voraus. Laut Insa-Umfrage für den Dehoga lehnen zwei Drittel der Deutschen eine höhere Steuer ab und mehr als jede oder jeder Zweite würde dann seltener essen gehen. [Auch bayerische Gastronomen lehnen die geplante Erhöhung ab, es wird von einer „unsozialen“](#)

[Idee gesprochen.](#)

LESEN SIE AUCH



**Grundsicherung
für Rentner: So
hoch ist die Rente,
wenn man nie ...**

LESEN



**Mercedes-Chef mit
überraschender
Ankündigung:
Marken-Ikone ...**

LESEN



**Sti
Ba
Pl
Ba**



MEIN BEREICH

„Tourismus funktioniert nicht ohne Gastgewerbe“, mahnte Zöllick. Es dürfe kein weiteres Kneipensterben auf dem Dorf oder in Innenstädten geben.

„Restaurants und Cafés sind die öffentlichen Wohnzimmer der Gesellschaft.“ Der Lobbyist rief die Politik auf, anders als bisher Essen - ob in der Gastronomie, im Supermarkt oder zum Mitnehmen - einheitlich mit sieben Prozent zu besteuern. Er sei zwar optimistisch, aber auch realistisch, weil es letztlich „eine Frage des Haushalts“ sei. *(Reuters, lf)*

Kommentare

Debatte über Gastro-Steuerrabatt geht weiter

Die Forderung des Hotel- und Gaststättenverbands (Dehoga), die Mehrwertsteuer in der Gastronomie dauerhaft bei sieben Prozent zu belassen, betrachtet der Ökonom und Wirtschaftsweise Achim Truger angesichts der damit verbundenen hohen Kosten mit Skepsis.

Berlin (dts Nachrichtenagentur) - "Es besteht die Gefahr, dass man nie den Ausstieg schafft und in einer Dauersubventionierung gefangen bleibt", sagte Truger der "Rheinischen Post" (Mittwochs Ausgabe). Er gehe davon aus, dass eine Verlängerung der Maßnahme im Jahr 3,3 Milliarden Euro kosten würde. Das sei Geld, was dann an anderer Stelle in den öffentlichen Haushalten und für Bürger sowie Unternehmen fehlen würde, sagte der Ökonom.

Weiter sagte Truger, er könne die schwierige Lage der Gastronomie verstehen, "andererseits dürfte der private Konsum im Laufe dieses und des kommenden Jahres wieder anziehen, was auch der Gastronomie zugutekommen sollte". Unterdessen sprach sich der wirtschaftspolitische Sprecher der Linken im Bundestag, Christian Leye, für die Beibehaltung des niedrigeren Steuersatzes aus: "Neben der Mittelschicht wird so vor allem den kleinen Gastronomie-Betrieben unter die Arme gegriffen, die in den letzten Jahren angesichts von Corona und Preisexplosionen ordentlich Federn lassen mussten", sagte Leye der "Rheinischen Post". Dabei sei das Wirtshaussterben der letzten Jahre insbesondere auf dem Land "ein Konjunktur-Programm für die Menschenfänger der AfD" gewesen, fügte er hinzu.

Der Dehoga hatte am Dienstag neue Umfrageergebnisse präsentiert, denen zufolge das Gastgewerbe in Deutschland weiter unter Druck steht. Der Verband spricht sich dafür aus, die Mehrwertsteuer in der Gastronomie auch über das Jahr 2024 hinaus bei sieben Prozent zu belassen.

Meldung der dts Nachrichtenagentur vom 05.09.2023

Zur [Startseite](#)

DEHOGA-Umfrage und Sieben-Prozent-Forderung: „Gastgewerbe steht massiv unter Druck“

📅 05. September 2023 12:00 Uhr | 🌐 Politik (/politik.html)



(/fileadmin/content/_processed_/3/csm_csm_Zoellick-Guido_Svea-Pietschmann-984x553_2ddd36d088_1ed904c962__1__665ae3db25.jpg)



Nach drei Verlustjahren in Folge steht das Gastgewerbe in Deutschland noch immer vor großen, teilweise existenziellen Herausforderungen. Laut dem Statistischen Bundesamt liegen die preisbereinigten Umsatzverluste im ersten Halbjahr 2023 mit real 10,4 Prozent deutlich unter den Werten des Vorkrisenniveaus in 2019 (nominal +9,6 Prozent). Das Gaststättengewerbe schneidet bei diesen

Vergleichswerten mit einem realen Umsatzminus von 13,0 Prozent (nominal +8,7 Prozent) sogar noch schlechter ab. Allein in 2020 und 2021 hat die Branche 36.000 Unternehmen verloren. In 2024 droht das Aus von 12.000 weiteren Betrieben, wenn zum Jahreswechsel die geplante Steuererhöhung von 7 auf 19 Prozent kommen würde. So lauten die Ergebnisse der aktuellen DEHOGA-Umfrage. „Das ist bitter. Denn schon jetzt ist die Gastronomiedichte insbesondere im ländlichen Raum spürbar gesunken“, sagt DEHOGA-Präsident Guido Zöllick. „Eine Steuererhöhung auf Speisen zum 1. Januar 2024 müsste in vollem Umfang an die Gäste weitergegeben werden wie auch weitere Kostenbelastungen, da die Gastronomen keine Spielräume und Reserven mehr haben. Das führt zu einem Preisschock für die Gäste. Weniger Gäste, Umsatzverluste und weitere Betriebsschließungen wären vorprogrammiert“, so Zöllick und mahnt: „Warum soll unsere Branche wieder steuerlich benachteiligt werden? Wir wollen, dass Essen einheitlich mit 7 Prozent besteuert wird, egal ob, wie und wo zubereitet, und wie und wo verzehrt. So sieht Steuerfairness aus.“

Die Branche steht massiv unter Druck, auch weil das Sommergeschäft vielerorts nicht wie erwartet lief. Laut Umfrage fiel es für jeden zweiten Unternehmer (54,4 Prozent) schlechter aus als im Vorkrisenjahr 2019, und für 40,7 Prozent sogar auch schlechter als 2022. „Neben dem wechselhaften Wetter stellten 64,5 Prozent der Betriebe einen Rückgang der Gästezahlen wegen der zunehmenden Konsumzurückhaltung fest“, bestätigt der DEHOGA-Präsident.

Weitere Ergebnisse der DEHOGA-Umfrage

Fakt ist: Die Branche leidet ebenso wie ihre Gäste enorm unter den weiter steigenden Kosten. So gaben die Umfrageteilnehmer an, dass die Preise für Lebensmittel um durchschnittlich 25,3 Prozent höher lagen als im August 2022, die von Getränken um 18,1 Prozent und die Energieprodukte um 41,3 Prozent, die Personalkosten kletterten gar um 21,0 Prozent nach oben.

Als größte Herausforderung sehen 83,8 Prozent der Betriebe die Kostenexplosion in den Bereichen Lebensmittel und Getränke, gefolgt von den überproportional gestiegenen Kosten für Energie (79,5 Prozent), Personal (76,0 Prozent) und der zunehmenden Bürokratie (75,0 Prozent). 65,2 Prozent der Unternehmer sprechen zudem von einem akuten **Mitarbeitermangel**. „Die Existenzängste in der Branche sind unvermindert hoch. Mit

45,5 Prozent erwarten fast die Hälfte unserer Unternehmer, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher“, bestätigt DEHOGA-Präsident Zölllick. Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei zugleich steigenden Kosten befürchten 28,0 Prozent der Unternehmer, mit ihrem Betrieb im Jahr 2023 sogar in die Verlustzone zu geraten.

DEHOGA: Steuererhöhung auf 19 Prozent hätte fatale Folgen

Eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen zum Jahreswechsel hätte laut Zölllick fatale Folgen für Gäste und Beschäftigte, für die Tourismuswirtschaft und die Betriebe. Wenn noch mehr Restaurants und Cafés verschwinden, würde der Verödung von Innenstädten weiter Vorschub geleistet werden, der ländliche Raum würde auch an Attraktivität verlieren, ein Verlust an Lebensqualität wäre vorprogrammiert.

Auch der Schaden für unsere Lieferanten und Partner wäre groß. Wertvolle regionale Wertschöpfungsketten, zum Beispiel mit der Landwirtschaft, dem Lebensmittelhandwerk, Winzern und Brauereien, würden in Mitleidenschaft gezogen. „Wir wollen, dass Gastronomie bezahlbar bleibt“, sagt Guido Zölllick, „das gilt auch für die Gemeinschafts- wie für die Kita- und Schulverpflegung. 7 Prozent geben den Anbietern mehr finanzielle Möglichkeiten für den Kauf frischer, regionaler und ökologisch erzeugter Lebensmittel. Eine Steuererhöhung auf 19 Prozent würde daher in krassem Widerspruch zu den Zielen der Ernährungsstrategie der Bundesregierung stehen.“

DEHOGA - Essen muss einheitlich mit 7 Prozent besteuert werden

Der reduzierte Mehrwertsteuersatz gilt aktuell in 23 EU-Staaten. In den meisten Staaten wird Essen, egal ob, wie und wo zubereitet, steuerlich gleichbehandelt. „Mit Blick auf die hohe Relevanz der Gastronomie muss sie steuerpolitisch sachgerecht behandelt und darf gegenüber anderen Anbietern von Essen nicht benachteiligt werden“, erklärt der DEHOGA-Präsident. Seit Jahrzehnten macht sich der DEHOGA stark für einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz auf Essen - egal wo und wie es zubereitet und konsumiert wird. Zölllick: „Es ist weder fair noch gerecht noch logisch, dass ab dem 1. Januar 2024 für Essen in Cafés und Restaurants wieder 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig werden, während für das Essen zum Mitnehmen, den Fertigsalat aus dem Supermarkt und die Essenslieferung weiterhin 7 Prozent gelten.“ Das Angebot zur Essensmitnahme in Supermärkten und Discountern, Bäckereien und Metzgereien sowie Tankstellen wurde in den vergangenen zehn Jahren stetig ausgeweitet und steht längst in großer Konkurrenz zu den gastronomischen Betrieben. „Wenn Restaurants, Wirtshäuser und Biergärten überleben sollen, müssen die 7 Prozent Mehrwertsteuer bleiben“, fordert Zölllick.

[Zurück \(/politik.html\)](#)

Top-Jobs auf Tageskarte

MERCURE
HOTELS

<https://bit.ly/3qJMDdV>

FLIGHT
GATE

MUNICH AIRPORT HOTEL

<https://bit.ly/3Kzg4WL>

**Reservierungs- &
Bankettleiter (m/w/d) - Mercure
Stuttgart City Center
(<https://bit.ly/3qJMDdV>)**

**Front Office Manager /
Empfangsleiter (m/w/d) -
Flightgate Munich Airport Hotel
(<https://bit.ly/3Kzg4WL>)**

[Alle Jobs entdecken \(/footer-navigation/jobs.html\)](#)

Vielleicht auch interessant

Große Mehrheit der Bevölkerung für Beibehaltung der ermäßigten Mehrwertsteuer in der Gastronomie (/politik/detail/grosse-mehrheit-der-bevoelkerung-fuer-beibehaltung-der-ermaessigten-mehrwertsteuer-in-der-gastronomie.html)





(/politik/detail/grosse-mehrheit-der-bevoelkerung-fuer-beibehaltung-der-ermaessigten-mehrwertsteuer-in-der-gastronomie.html)

f  in  

Eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen in der Gastronomie zum Jahreswechsel lehnen mehr als zwei Drittel der Menschen in Deutschland ab. Mehr als jeder Zweite würde in dem Fall seltener essen gehen. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag des DEHOGA Bundesverbandes hervor.

Weiterlesen (/politik/detail/grosse-mehrheit-der-bevoelkerung-fuer-beibehaltung-der-ermaessigten-mehrwertsteuer-in-der-gastronomie.html)

Lindners unfertiger Haushalt - wofür die Regierung Geld ausgeben will (/politik/detail/lindners-unfertiger-haushalt-wofuer-die-regierung-geld-ausgeben-will.html)



(/politik/detail/lindners-unfertiger-haushalt-wofuer-die-regierung-geld-ausgeben-will.html)

f  in  

Am Dienstag bringt der Finanzminister den Entwurf des Bundeshaushalts 2024 in den Bundestag ein. Lindner will einen Kurs der Konsolidierung. Es dürfte aber noch viel Beratungsbedarf geben. Offen ist weiterhin, ob der ermäßigte Mehrwertsteuersatz auf Speisen in der Gastronomie über das Jahresende hinaus fortgeführt wird.

Weiterlesen (/politik/detail/lindners-unfertiger-haushalt-wofuer-die-regierung-geld-ausgeben-will.html)

Kaiserslautern testet spätere Sperrstunde (/politik/detail/kaiserslautern-testet-spaetere-sperrstunde.html)

05.09.2023

Große Mehrheit der Bevölkerung für Beibehaltung der 7 Prozent Mehrwertsteuer in der Gastronomie

Eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen in der Gastronomie zum Jahreswechsel lehnen mehr als zwei Drittel der Menschen in Deutschland ab. Mehr als jeder Zweite würde in dem Fall seltener essen gehen. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA Bundesverband) hervor.

Die vorliegenden Ergebnisse bestätigen damit die Zahlen der jüngsten Branchenumfrage des Dehoga, wonach eine mögliche Steuererhöhung zu Gästerückgängen und Umsatzeinbußen führen würde. Die neue Insa-Studie belegt zudem die Wichtigkeit von Restaurants, Wirtshäusern und Biergärten im Wohnumfeld für die Menschen. „Es ist erfreulich, dass unser zentrales Branchenanliegen nach Beibehaltung der 7 Prozent Mehrwertsteuer ein so klares Votum aus der Bevölkerung bekommt“, so der Dehoga-Präsident Guido Zöllick.

Die Ergebnisse im Detail:

Eine absolute Mehrheit von 67 Prozent (kumuliert) der Befragten lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie von sieben auf 19 Prozent ab, darunter 23 Prozent eher und 44 Prozent sehr. Zwölf Prozent befürworten weder eine solche Erhöhung noch lehnen sie sie ab. Diesen stehen 15 Prozent (kumuliert) gegenüber, welche sich für eine Steueranhebung aussprechen (10 Prozent eher, 5 Prozent sehr). Sechs Prozent können oder wollen sich nicht positionieren.

GASTGEWERBE 2023
BILANZ & AUSBLICK
Ergebnisse der DEHOGA-Umfrage

7%
MwSt.

auf Speisen
müssen
bleiben,
damit wir erhalten,
was unser Land lebenswert
und lebenswert macht.

Die Ergebnisse der aktuellen Insa-Umfrage sind eindeutig.

Sollte in Folge einer Mehrwertsteuererhöhung von sieben auf 19 Prozent der Preis für Speisen in der Gastronomie um durchschnittlich zwölf Prozentpunkte steigen, würde die absolute Mehrheit von 58 Prozent der Befragten vermutlich seltener als aktuell auswärts essen gehen. Ein Viertel (25 Prozent) würde dies hingegen genauso häufig wie aktuell tun und weitere sechs Prozent würden dies sogar öfter unternehmen. Zehn Prozent wissen hier keine Antwort oder erteilen keine Auskunft.

Das Vorhandensein von Restaurants, Wirtshäusern und/oder Biergärten im Wohnumfeld ist den Befragten zu 32 Prozent eher und zu 27 Prozent sehr wichtig. Dies ergibt folglich eine absolute Mehrheit (59 Prozent, kumuliert). 22 Prozent ist es hingegen weder wichtig noch unwichtig. Für weitere neun Prozent ist es eher von geringer Bedeutung und weiteren acht Prozent ist es sogar sehr unwichtig (17 Prozent, kumuliert). Drei Prozent können oder wollen hierzu keine Einschätzung abgeben.

86 Prozent der Befragten geben an, dass sie die Gastronomie regelmäßig nutzen. Davon gehen 22 Prozent der Befragten einmal im Monat essen, ein Fünftel (20 Prozent) mehrmals im Monat, 12 Prozent einmal in der Woche und 5 Prozent mehrmals in der Woche. 27 Prozent der Umfrageteilnehmer gehen durchschnittlich seltener als einmal im Monat in Restaurants, Wirtshäuser oder Biergärten, um dort zu essen.

Klares Votum für einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz auf Speisen

Der reduzierte Mehrwertsteuersatz gilt aktuell in 23 EU-Staaten. In den meisten Staaten wird Essen, egal ob, wie und wo zubereitet, steuerlich gleichbehandelt. „Mit Blick auf die hohe Relevanz der Gastronomie muss sie steuerpolitisch sachgerecht behandelt und darf gegenüber anderen Anbietern von Essen nicht benachteiligt werden“, fordert der Dehoga-Präsident. Seit Jahrzehnten macht sich der Dehoga stark für einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz auf Essen – egal wo und wie es zubereitet und konsumiert wird.

Zöllick: „Es ist weder fair noch gerecht noch logisch, dass ab dem 1. Januar 2024 für Essen in Cafés und Restaurants wieder 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig werden, während für das Essen zum Mitnehmen, den Fertigsalat aus dem Supermarkt und die Essenslieferung weiterhin 7 Prozent gelten.“

Gewachsene Konkurrenz zu den gastronomischen Betrieben

Das Angebot zur Essensmitnahme in Supermärkten und Discountern, Bäckereien und Metzgereien sowie Tankstellen wurde in den vergangenen zehn Jahren stetig ausgeweitet und steht längst in großer Konkurrenz zu den gastronomischen Betrieben. „Wenn Restaurants, Wirtshäuser und Biergärten überleben sollen, müssen die 7 Prozent Mehrwertsteuer bleiben“, appelliert Guido Zöllick.

TÄGLICHE NEWS FÜR DIE HOTELLERIE

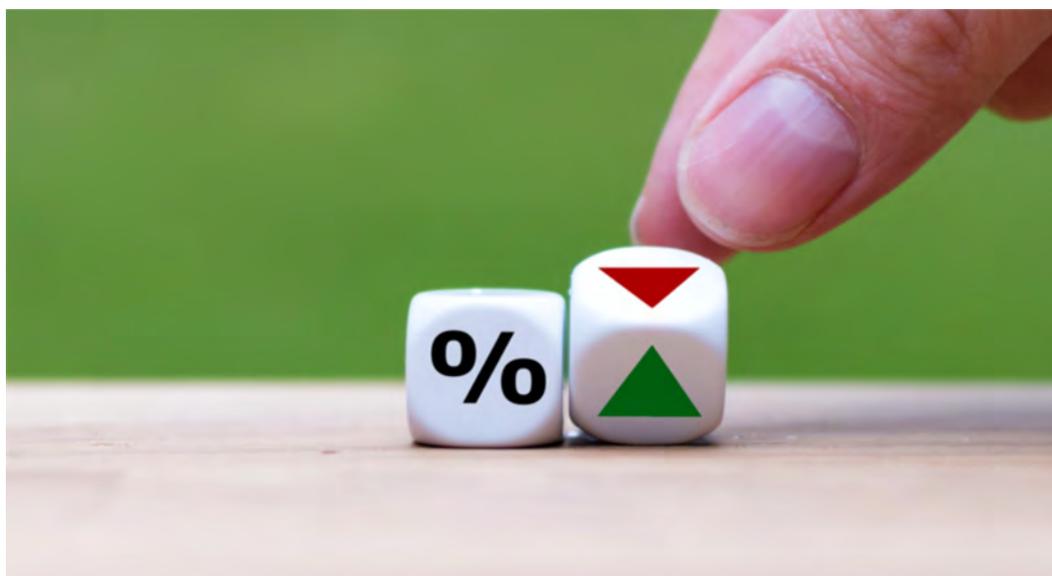
5. September 2023 | 14:11 Uhr

Teilen

Gastgewerbe in Deutschland blickt skeptisch in die Zukunft

Das Gastgewerbe in Deutschland steht unverändert vor großen Herausforderungen. Nach drei Jahren mit Verlusten sind die Umsätze im ersten Halbjahr 2023 laut dem Statistischen Bundesamt noch immer unter Vorkrisenniveau. Während die Hotelbetriebe ihre Verluste fast ausgleichen konnten, fällt die Bilanz der Gaststätten deutlich schlechter aus.

Mailen



© iStock/Fokusiert

Die Umsätze des Gastgewerbes liegen im ersten Halbjahr 2023 immer noch unter Vorkrisenniveau

ANZEIGE



KI und Human Touch

Wie kann die Hotellerie beides sinnvoll verbinden? Moderiert von Carolin Brauer (QR) diskutieren Philipp Vogel (Orania.Berlin), Michael Stüring (ATLANTIC Hotels), Erik van den Bergh (Infinity Munich), Anna Heuer (HSMA) und die Fotografin Rebecca Heinze beim [» QR Event REDEBEDARF](#) am **12. Oktober 2023**.

Die Hotelbetriebe hatten im ersten Halbjahr 2023 im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 noch einen realen (inflationsbereinigten) Umsatzverlust von 3,4 Prozent zu verzeichnen, bei den Gaststätten lag dieser aber weiterhin bei 13 Prozent. Die Umsatzrückgänge dürften auch die Zahl der Betriebsaufgaben befeuern. Allein in den Jahren 2020 und 2021 mussten 36.000 Betriebe ihr Geschäft einstellen, darunter knapp 4.400 Hotels.

Die Branche leidet außerdem enorm unter den weiter steigenden Kosten. Darauf machte erneut der Dehoga bei dem Blick auf die Zahlen aufmerksam. Die Preise für Lebensmittel und Getränke sind im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 25 Prozent gestiegen, die von Getränken um 18 Prozent und die von Energieprodukten um 41 Prozent. Die Personalkosten kletterten gar um 21 Prozent.

Größte Herausforderung der Betriebe sind die gestiegenen Kosten

Laut einer großen Dehoga-Umfrage unter 6.500 gastgewerbliche Unternehmen sehen diese als größte Herausforderung die Kostenexplosion in den Bereichen Lebensmittel und Getränke an (83,8%). Dahinter folgen die überproportional gestiegenen Kosten für Energie (79,5%), Personal (76%) und die zunehmende Bürokratie (75%). Rund 65 Prozent der Unternehmer sprechen zudem von einem akuten Mitarbeitermangel.

Demzufolge erkennt der Dehoga große Existenzängste in seiner Branche. Mit knapp 46 Prozent erwarten fast die Hälfte der Unternehmer, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher. Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei zugleich steigenden Kosten befürchten 28 Prozent der Unternehmer, mit ihrem Betrieb im Jahr 2023 sogar in die Verlustzone zu geraten.

Tatsächlich wird die Inflation noch eine ganze Weile anhalten, das bestätigte auch Ifo-Konjunkturchef Timo Wollmershäuser. Die Inflationsrate sei im August nur minimal von 6,2 auf 6,1 Prozent gefallen. Wieder stärker steigende Energiepreise verhinderten einen kräftigeren Rückgang.



Mehrwertsteuer

Tausenden Lokalen droht mit 19 Prozent das Ende

Gastronomen fordern eine dauerhaft reduzierte Mehrwertsteuer von sieben Prozent auf Speisen. Andernfalls müssten anfallende Mehrkosten direkt an die Kunden weitergegeben werden.

5. September 2023, 18:41 Uhr



Angelika Warmuth/dpa

Würden Wirte alle Kosten direkt weitergeben, wären die Speisen schon jetzt teurer- auch ohne 19 Prozent Mehrwertsteuer.

Von **Bernhard Junginger**

der Pandemie erreichen, droht bereits neues Ungemach. 12.000 Unternehmen, so warnt der Branchenverband Dehoga, müssten für immer schließen, wenn die Mehrwertsteuer auf Speisen wieder erhöht werde. Als Teil eines staatlichen Unterstützungspakets war der Satz von den üblichen 19 Prozent auf sieben Prozent reduziert worden. Im kommenden Jahr soll die Maßnahme auslaufen. Dehoga-Präsident Guido Zöllick sagte am Dienstag in Berlin: "Eine solche Steuererhöhung müsste in vollem Umfang an die Gäste weitergegeben werden, denn die Gastronomen haben keinerlei Spielräume mehr." Es drohe ein "Preisschock", der unweigerlich zu weniger Gästen, Umsatzverlusten und weiteren Betriebsschließungen".

Jetzt weiterlesen mit **idowa**

- alle Artikel auf idowa.de in **voller Länge** und **deutlich weniger Werbung**
- als Abonnent unterstützen Sie **Journalismus in Ihrer Region**
- einen Monat für **0,99 Euro** testen, danach 9,90 Euro im Monat

[zum Probe-Abo](#)

Bereits Abonnent? Hier [anmelden](#)

Deutschland Nachrichten

„Preisschock für Gäste“: Gastgewerbe warnt vor Rückkehr zu höheren Steuern



Atcheler • vor 21 Stunden 🔥 9 📖 1 Minute Lesezeit



„Preisschock für die Gäste“ Hospitality warnt vor Rückkehr zu höheren Steuern

05.09.2023 12:54 Uhr

Im Januar soll der Mehrwertsteuersatz im Gastgewerbe erneut von 7 auf 19 Prozent steigen. Der Branchenverband bekräftigt seine Forderung, die Steuerquote niedrig zu halten. Andernfalls müssten die Betriebe diese vollständig an die Gäste weitergeben.

Hotels und Gastronomiebetriebe in Deutschland blicken skeptisch in die Zukunft und befürchten, dass die Steuererleichterungen Anfang 2024 auslaufen. „Die Existenzängste in der Branche sind weiterhin groß“, sagte Präsident Guido Zöllick vom Branchenverband Dehoqa in Berlin. „Mit 45,5

[Jannah Theme](#) License is not validated, Go to the theme options page to validate the license, You need a single license for each domain name.

Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei gleichzeitig steigenden Kosten befürchteten 28 Prozent der Unternehmen, dass sie im Jahr 2023 sogar Verluste machen würden. Wegen der massiv gestiegenen Kosten appellierte Zöllick erneut an die Politik, die Mehrwertsteuer, die auf sieben Prozent gesenkt worden sei, dürfe 2024 nicht wieder auf 19 Prozent erhöht werden. „Das führt zu einem Preisschock für die Gäste.“ Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) fordert seit Längerem, die während der Corona- und Energiekrise gesenkte Mehrwertsteuer auf Lebensmittel in der Gastronomie dauerhaft niedrig zu halten.

Nach mehreren Verlängerungen soll der Steuersatz im Januar 2024 wieder von sieben auf ursprünglich 19 Prozent steigen. Allerdings müssten die Betriebe diesen sowie weitere Kosten vollständig auf die Gäste umlegen, „da die Gastronomen nicht mehr.“ „Wir haben keinerlei Spielraum und Reserven“, warnte Zöllick. Im ersten Halbjahr sanken die Umsätze – preisbereinigt – real um 10,4 Prozent im Vergleich zum Vorkrisenniveau von 2019. Der Nominalerlös lag hingegen inflationsbedingt um fast zehn Prozent höher.

Laut Dehoga hat die Branche allein in den Jahren 2020 und 2021 36.000 Unternehmen verloren. Nächstes Jahr, wenn die Steuererleichterungen auslaufen, seien 12.000 weitere Unternehmen bedroht, sagte der Dehoga in einer Umfrage unter rund 6.500 Unternehmen. Nach Angaben der befragten Unternehmen lagen die Preise für Lebensmittel im Schnitt um 25,3 Prozent höher als im August 2022, für Getränke um 18,1 Prozent und für Energieprodukte um 41,3 Prozent. Auch die Personalkosten stiegen um 21,0 Prozent.

n-tv DE

Nicht alle Nachrichten auf der Website drücken den Standpunkt der Website aus, aber wir übertragen diese Nachrichten automatisch und übersetzen sie durch programmatische Technologie auf der Website und nicht von einem menschlichen Redakteur



[Jannah Theme](#) License is not validated, Go to the theme options page to validate the license, You need a single license for each domain name.



Gastgewerbe

Zittern vor der Mehrwertsteuer

Stand: 05.09.2023 10:56 Uhr

Pandemie, Energiekrise, Inflation, Fachkräftemangel: Das Gastgewerbe steht unter Druck. Langsam erholt sich die Branche, doch zum Jahresende droht neues Ungemach - in Gestalt der Mehrwertsteuer.

Eigentlich sind die Ferien gerade zu Ende, aber der Sommer legt noch einmal eine Extrarunde ein. Schön für die Gäste, die am Wochenende in "Jordans Untermühle" im rheinhessischen Königernheim einchecken. Ihr Programm: Ein paar Tage Wellness, ein bisschen im Pool plantschen, mit dem Fahrrad die sanften Hügel der Umgebung erkunden, abends ein Dreigangmenü genießen. Eine kleine Auszeit - passenderweise lautet die Adresse des Hotels "Außerhalb 1".

Wohlfühltag statt Business tagungen - Gerhard Jordan hat mit der Pandemie sein Geschäftskonzept komplett umgekrempelt. "Die Tagungen waren ja das Erste, was abgesagt wurde. Das sind schon Existenzängste, die da aufkommen. Keiner wusste, wie geht das denn weiter? Wir haben dann gesagt: Wir konzentrieren uns auf das Kerngeschäft Wellness. Unsere Mitarbeiter werden dementsprechend geschult." Das Konzept geht auf - Jordans 45 Zimmer sind gut gebucht, und das übers ganze Jahr.

"Das Wohnzimmer der Gesellschaft"

Doch längst nicht alle in der Branche können eine so positive Bilanz ziehen. Zwar gab es 2022 bundesweit gut 45 Prozent mehr Übernachtungen als im Corona-Jahr 2021. Für das laufende Jahr wird mit ähnlichen Zahlen wie 2019 gerechnet, aber die

Rahmenbedingungen sind nicht mehr dieselben. Inflation, Energiekrise, hohe Preise für Lebensmittel und Löhne, dazu der Fachkräftemangel - die Unternehmen stehen unter Druck.

Vor Corona zählte der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) 220.000 Mitgliedsbetriebe. Heute sind es noch 186.000, so die DEHOGA-Geschäftsführerin Ingrid Hartges. "Gerade die Gastronomie erfüllt ja noch andere Zwecke, als einfach nur Essen zu servieren. Unsere Betriebe sind so etwas wie das Wohnzimmer der Gesellschaft. Hier treffen sich Menschen. Während Corona hat uns das so sehr gefehlt. Die Gäste waren glücklich, als wir wieder öffnen konnten. Wo Gaststätten sterben, stirbt ein Teil der Seele des Ortes."

Innenstädte verödeten dadurch, auf dem Land würden Ausflügler die Regionen meiden, wenn man nicht mehr einkehren könne. "Und dann hängen ja noch etliche andere Branchen dran. Landwirte, Winzer, Bäcker beispielsweise."

DEHOGA warnt vor Pleitewelle

Die Politik habe während der Pandemie viel für die Branche getan - beispielsweise die Mehrwertsteuer für Mahlzeiten im Restaurant von 19 auf sieben Prozent gesenkt. Aber: Damit soll zum Jahresende Schluss sein. "Existenzbedrohend" sei das für viele Betriebe, warnt Hartges. "Die Wirte werden diese Preissteigerung an die Gäste weitergeben. Und die Gäste werden seltener kommen oder wegbleiben. Der höhere Steuersatz gilt übrigens auch für Essen in KITAS - gesund soll es sein, aber doch bitte auch bezahlbar."

Auf To-go-Mahlzeiten oder die Tütensuppe aus dem Discounter würden weiterhin nur sieben Prozent Umsatzsteuer fällig - "das ist doch absurd". Bis zu 12.000 Betriebe müssten schließen, warnt die DEHOGA und macht derzeit mobil gegen die Pläne der Ampel.

Ökonomen für Wiederanhebung

Allerdings gibt es auch Stimmen, die sich für eine Wiederanhebung des Steuersatzes aussprechen. "Die Steuersenkung war eine Maßnahme, die in der Pandemie ergriffen wurde, um die von der Krise gebeutelte Gastronomie zu stützen", sagte der Präsident des Münchener ifo-Instituts, Clemens Fuest, dem "Handelsblatt". "Die Pandemie ist lange vorbei, also sollte die Hilfsmaßnahme enden."

DIW-Präsident Marcel Fratzscher verweist darauf, dass die Preise in der Gastronomie in den vergangenen Jahren bereits kräftig gestiegen seien und vermutet, dass die höhere Mehrwertsteuer sich nur geringfügig bemerkbar machen würde. Zudem gebe es keinen Grund, nur Gaststätten zu entlasten, nicht aber etwa auch Hotels oder Einzelhandelsgeschäfte.

"Eine positive Entwicklung zu erkennen"

"Wir bräuchten eine richtige Steuerreform, wo alles mal auf den Prüfstand kommt", findet Gastronom Jordan. Da die aber nicht in Sicht sei, müsse wenigstens für die

Gastronomie der niedrige Satz auf Dauer beibehalten werden. "Eine Erhöhung wäre eine Katastrophe. Aber auch in anderen Bereichen klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander. Die Beschäftigung ausländischer, zugereister Menschen müsste leichter werden, unbürokratischer, damit alles schneller vonstatten geht."

Die Personalnot, über die viele seiner Kollegen klagen, spürt er allerdings noch nicht. Wertschätzung für seine Mitarbeiter sei ihm wichtig, betont er, und auch die gesellschaftliche Anerkennung seiner Branche: "Da, glaube ich, ist eine positive Entwicklung zu erkennen. Solche Diskussionen um diese Mehrwertsteuer - das würde uns einfach ganz weit zurückwerfen."

Anmerkung der Redaktion: Die Autorin dieses Textes ist mit Gerhard Jordan weder verwandt, noch verschwägert, noch befreundet.

[Zur Startseite](#)



Gastgewerbe

Warnung vor Preisschock für die Gäste

Das Gastgewerbe hat seine Forderung an die Politik erneuert, die auf sieben Prozent gesenkte Mehrwertsteuer im nächsten Jahr nicht wieder auf 19 Prozent zu erhöhen.

05.09.2023



Forderung des Hotel- und Gaststätten-Verbandes DEHOGA zu dauerhaft reduzierter Mehrwertsteuer (picture alliance / dpa / XAMAX)

Sonst drohe ein Preisschock für die Gäste, sagte der Präsident des Branchenverbandes Dehoga, Zöllick, in Berlin. Gut 90 Prozent der Firmen würden laut einer Umfrage der Dehoga ihre Preise dann erhöhen.

Die Existenzängste der Gastwirte seien unvermindert. Fast die Hälfte der Unternehmen erwartet laut Zöllick, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher. 28 Prozent fürchten demnach, im laufenden Jahr Verluste zu schreiben.

Allein in den Pandemie-Jahren 2020 und 2021 mit längeren Lockdowns hat die Branche laut Dehoga 36.000 Unternehmen verloren. Im nächsten Jahr drohe beim Auslaufen der Steuererleichterung 12.000 weiteren Hotels und Restaurants das Aus.

Diese Nachricht wurde am 05.09.2023 im Programm Deutschlandfunk gesendet.

Festhalten an Mehrwertsteuer

Deutsches Gastgewerbe warnt vor „Preisschock für die Gäste“

Ab 2024 soll die Mehrwertsteuer in Hotels und Gastronomie wieder auf 19 Prozent erhöht werden. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband warnt vor den weitreichenden Folgen für Verbraucher.



© dpa

Biergärten und Cafés mit Terrasse sind bei dem Spätsommerwetter derzeit voll. Doch die Branche blickt skeptisch in die Zukunft.

Hotels und Restaurants in Deutschland blicken skeptisch in die Zukunft und sorgen sich um das Auslaufen von Steuererleichterungen Anfang 2024. „Die Existenzängste in der Branche sind unvermindert hoch“, sagte Präsident Guido Zöllick vom Branchenverband Dehoga am Dienstag in Berlin. „Mit 45,5 Prozent erwarten fast die Hälfte unserer Unternehmen, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher.“

Das Sommergeschäft lief für das Gastgewerbe in Deutschland einer Umfrage des Branchenverbands Dehoga zufolge schlechter als erwartet. Mehr als jeder zweite befragte Betrieb gab dabei an, schlechtere Geschäfte gemacht zu haben als im Vorkrisen-Sommer 2019, wie Zöllick sagte. „Und selbst im Vergleich zu 2022 sagen das 40,7 Prozent“, betonte der Dehoga-Chef.

Dem Statistischen Bundesamt zufolge lagen die Umsätze der Branche im ersten Halbjahr 2023 inflationsbereinigt um mehr als zehn Prozent unter dem Halbjahresniveau aus dem Vorkrisenjahr 2019. Im Vergleich zum Vorjahr legte der Umsatz in den ersten Monaten noch deutlich zu. Im Mai und Juni stagnierte das Wachstum allerdings bei zuletzt knapp drei Prozent.

Neben dem wechselhaften Wetter und der generellen Konsumzurückhaltung der Verbraucherinnen und Verbraucher seien dafür auch die gestiegenen Kosten verantwortlich. Laut Umfrage hätten die Unternehmen im August für den Einkauf von Lebensmitteln rund

ein Viertel mehr Geld ausgeben müssen als im Vorjahresmonat.

Betriebe schreiben Verluste

Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei zugleich steigenden Kosten befürchteten 28 Prozent der Betriebe, 2023 sogar Verluste zu schreiben. Wegen massiv gestiegener Kosten appellierte Zöllick erneut an die Politik, die auf sieben Prozent gesenkte Mehrwertsteuer dürfe 2024 nicht wieder auf 19 Prozent erhöht werden. „Das führt zu einem Preisschock für die Gäste.“

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) fordert seit längerem, die in der Corona- und Energiekrise reduzierte Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie dauerhaft niedrig zu halten. Nach mehrfacher Verlängerung soll der Steuersatz im Januar 2024 wieder von sieben auf die ursprünglichen 19 Prozent steigen. Dies müssten die Betriebe aber in vollem Umfang an die Gäste weitergeben wie auch weitere Kostenbelastungen, „da die Gastronomen keine Spielräume und Reserven mehr haben“, warnte Zöllick. Im ersten Halbjahr waren die Umsätze - bereinigt um steigende Preise - zum Vorkrisen-Niveau von 2019 real um 10,4 Prozent gesunken. Die nominalen Erlösen hingegen waren inflationsbedingt knapp zehn Prozent höher.

Hier finden Sie einen externen Inhalt von Opinary. Um [externe Inhalte](#) anzuzeigen, ist Ihre widerrufliche Zustimmung nötig. Dabei können personenbezogene Daten von Drittplattformen (ggf. USA) verarbeitet werden. [Weitere Informationen](#).

Externe Inhalte aktivieren



Allein 2020 und 2021 hat die Branche laut Dehoga 36.000 Unternehmen verloren. Im nächsten Jahr drohe beim Auslaufen der Steuererleichterung 12.000 weiteren Betrieben das Aus, erklärte der Dehoga zu einer Umfrage unter rund 6500 Unternehmen. Demnach lagen die Preise für Lebensmittel den befragten Firmen zufolge zuletzt um durchschnittlich 25,3

WIRTSCHAFT

"Preisschock für die Gäste"

Gastgewerbe warnt vor Rückkehr zu höheren Steuern

05.09.2023, 12:54 Uhr

[Artikel teilen](#)

[Jetzt folgen](#)

Im Januar soll der Mehrwertsteuersatz im Gastgewerbe wieder von 7 auf 19 Prozent steigen. Der Branchenverband bekräftigt seine Forderung, den Steuersatz niedrig zu halten. Diesen müssten die Betriebe sonst in vollem Umfang an die Gäste weitergeben.

Hotels und Restaurants in Deutschland blicken skeptisch in die Zukunft und sorgen sich um das Auslaufen von Steuererleichterungen Anfang 2024. "Die Existenzängste in der Branche sind unvermindert hoch", sagte Präsident Guido Zöllick vom Branchenverband Dehoga in Berlin. "Mit 45,5 Prozent erwarten fast die Hälfte unserer Unternehmen, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher."

Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei zugleich steigenden Kosten befürchteten 28 Prozent der Betriebe, 2023 sogar Verluste zu schreiben. Wegen massiv gestiegener Kosten appellierte Zöllick erneut an die Politik, die auf sieben Prozent gesenkte Mehrwertsteuer dürfe 2024 nicht wieder auf 19 Prozent erhöht werden. "Das führt zu einem Preisschock für die Gäste." Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) fordert seit längerem, die in der Corona- und Energiekrise reduzierte Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie dauerhaft niedrig zu halten.

Nach mehrfacher Verlängerung soll der Steuersatz im Januar 2024 wieder von sieben auf die ursprünglichen 19 Prozent steigen. Dies müssten die Betriebe aber in vollem Umfang an die Gäste weitergeben wie auch weitere Kostenbelastungen, "da die Gastronomen keine Spielräume und Reserven mehr haben", warnte Zöllick. Im ersten Halbjahr waren die Umsätze - bereinigt um steigende Preise - zum Vorkrisen-Niveau von 2019 real um 10,4 Prozent gesunken. Die nominalen Erlösen hingegen waren inflationsbedingt knapp zehn Prozent höher. Allein 2020 und 2021 hat die Branche laut Dehoga 36.000 Unternehmen verloren. Im nächsten Jahr drohe beim Auslaufen der Steuererleichterung 12.000 weiteren Betrieben das Aus, erklärte der Dehoga zu einer Umfrage unter rund 6500 Unternehmen. Demnach lagen die Preise für Lebensmittel den befragten Firmen zufolge zuletzt um durchschnittlich 25,3 Prozent höher als im August 2022, die von Getränken um 18,1 Prozent und die von Energieprodukten um 41,3 Prozent. Personalkosten erhöhten sich zudem um 21,0 Prozent.

RHEINISCHE POST

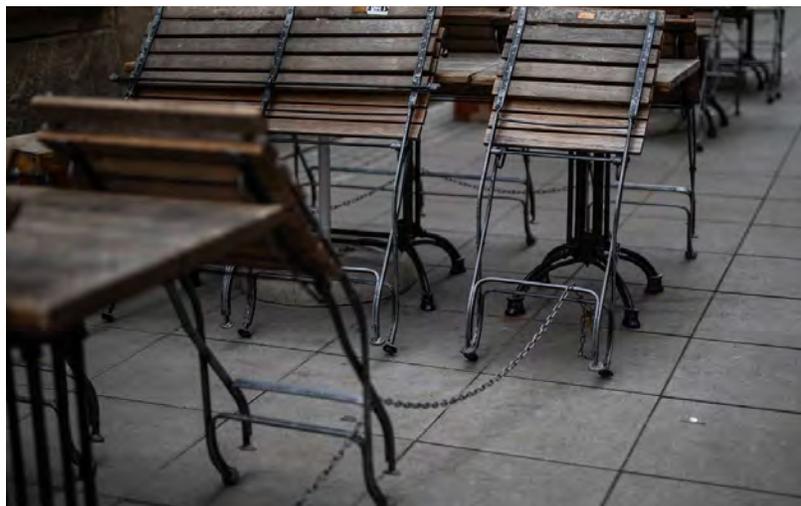
Politik > Deutschland > Gastronomie: Dehoga will sieben Prozent Mehrwertsteuer

Gastgewerbe steuert auf weiteres Verlustjahr zu

Dehoga warnt vor Anhebung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie

Berlin · Das Sommergeschäft lief vielerorts nicht wie erwartet, die Aussichten für die Zukunft sind trüb: Eine neue Umfrage des Hotel- und Gaststättenverbands sieht die Branche unter Druck. Er fordert deshalb eine dauerhaft niedrigere Mehrwertsteuer. Unterstützung für den Vorstoß kommt aus der Politik – ein Ökonom hingegen widerspricht.

Aktualisiert vor 9 Minuten · 3 Minuten Lesezeit



Wirtschaftsweise Truger: „Gefahr, dass man nie den Ausstieg schafft und in einer Dauersubventionierung gefangen bleibt“

Foto: dpa/Christoph Schmidt



Von David Grzeschik

Die Zahl des Tages ist die Sieben – zumindest für den Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga). Der hat nun seine Forderung mit neuen Umfrageergebnissen untermauert, wonach die Mehrwertsteuer in der Gastronomie dauerhaft auf einem abgesenkten Niveau bleiben soll. Sollte es zu einer Wiederanhebung von sieben auf 19 Prozent im Jahr 2024 kommen, drohe 12.000 Betrieben die Schließung, so der Verband. „Das ist bitter. Denn schon jetzt ist die Gastronomiedichte insbesondere im ländlichen Raum spürbar gesunken“, sagte Dehoga-Präsident Guido Zölllick am Dienstag.

Laut Zahlen des Statistischen Bundesamts lagen die Umsätze im

Gaststättengewerbe im ersten Halbjahr 2023 real um 13 Prozent niedriger als vor der Coronapandemie 2019. Und auch das diesjährige Sommergeschäft habe für viele zu wünschen übrig gelassen. Mehr als 40 Prozent der Unternehmen gaben in einer Dehoga-Umfrage an, dass der Sommer bislang schlechter lief als 2022. „Damit steuert das Gastgewerbe auf das vierte Verlustjahr in Folge zu“, sagte Zöllnick. Rund neun von zehn Firmen gaben an, ihre Preise erhöhen zu wollen, wenn die Mehrwertsteuer 2024 wieder das alte Niveau erreicht. Wegen der Corona- und der Energiekrise war der Steuersatz in der Gastronomie vorübergehend von 19 auf sieben Prozent abgesenkt worden.

Unterstützung für die Forderung des Branchenverbands kam am Dienstag unter anderem aus der FDP. „Die Rückkehr zum Regelsteuersatz würde die Gastronomie zusätzlich zu den hohen Energiepreisen belasten und könnte Insolvenzen und den Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge haben“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Reinhard Houben, unserer Redaktion. Eine Verlängerung und Entfristung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Speisen in Gastronomiebetrieben sei daher anzustreben, allerdings müsse hierzu zunächst die Steuerschätzung im November abgewartet werden, betonte Houben.

Auch Christian Leye, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linken im Bundestag, ist für die Beibehaltung des niedrigeren Steuersatzes. „Neben der Mittelschicht wird so vor allem den kleinen Gastronomie-Betrieben unter die Arme gegriffen, die in den letzten Jahren angesichts von Corona und Preisexplosionen ordentlich Federn lassen mussten“, sagte Leye. Dabei sei das Wirtshaussterben der letzten Jahre insbesondere auf dem Land „ein Konjunktur-Programm für die Menschenfänger der AfD“ gewesen, sagte er.

Gegenwind kommt hingegen von Ökonomen wie dem Wirtschaftsweisen Achim Truger, der die Verlängerung der abgesenkten Mehrwertsteuer nach eigener Aussage sehr skeptisch sieht. Ihm zufolge besteht die „Gefahr, dass man nie den Ausstieg schafft und in einer Dauersubventionierung gefangen bleibt“, sagte Truger auf Anfrage unserer Redaktion. Er gehe davon aus, dass eine Verlängerung der Maßnahme im Jahr 3,3 Milliarden Euro kosten würde. „Geld, das dann an anderer Stelle in den öffentlichen Haushalten und für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen fehlen würde“, erklärte Truger. Dem Ökonom zufolge dürfte der private Konsum im Laufe dieses und des kommenden Jahres wieder anziehen, was auch der Gastronomie zugutekommen sollte.

Bis es zu einer finalen Klärung der Frage kommt, dürfte derweil noch einige Zeit vergehen. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) versprach kürzlich, über eine dauerhafte Lösung hinsichtlich der Mehrwertsteuer am Ende des Jahres zu entscheiden.

Guido Zöllick

Dehoga-Präsident warnt vor Preisschock

Berlin. Hotels und Restaurants in Deutschland blicken skeptisch in die Zukunft: „Mit 45,5 Prozent erwartet fast die Hälfte unserer Unternehmen, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher“, sagte Präsident Guido Zöllick vom Branchenverband Dehoga am Dienstag in Berlin. Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei zugleich steigenden Kosten befürchteten 28 Prozent der Betriebe, 2023 sogar Verluste zu schreiben. Zöllick appellierte erneut an die Politik, die auf sieben Prozent gesenkte Mehrwertsteuer 2024 nicht wieder auf 19 Prozent zu erhöhen. Dies müssten die Betriebe in vollem Umfang an die Gäste weitergeben. Reserven gebe es nicht mehr. „Das führt zu einem Preisschock für die Gäste.“ Allein 2020 und 2021 hat die Branche laut Dehoga 36.000 Unternehmen verloren. Im nächsten Jahr drohe beim Auslaufen der Steuererleichterung 12.000 weiteren Betrieben das Aus. Reuters

DPA

Branchenumfrage: Gastronomen mit Sommergeschäft unzufrieden

Datum: 05.09.2023 12:55 Uhr

BERLIN (dpa-AFX) -Das Sommergeschäft lief für das Gastgewerbe in Deutschland einer Umfrage des Branchenverbands Dehoga zufolge schlechter als erwartet. Mehr als jeder zweite befragte Betrieb gab dabei an, schlechtere Geschäfte gemacht zu haben als im Vorkrisen-Sommer 2019, wie der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands, Guido Zöllick, am Dienstag in Berlin sagte. "Und selbst im Vergleich zu 2022 sagen das 40,7 Prozent", betonte der Dehoga-Chef.

BERLIN. Dem Statistischen Bundesamt zufolge lagen die Umsätze der Branche im ersten Halbjahr 2023 inflationsbereinigt um mehr als zehn Prozent unter dem Halbjahresniveau aus dem Vorkrisenjahr 2019. Im Vergleich zum Vorjahr legte der Umsatz in den ersten Monaten noch deutlich zu. Im Mai und Juni stagnierte das Wachstum allerdings bei zuletzt knapp drei Prozent.

Neben dem wechselhaften Wetter und der generellen Konsumzurückhaltung der Verbraucherinnen und Verbraucher seien dafür auch die gestiegenen Kosten verantwortlich. Laut Umfrage hätten die Unternehmen im August für den Einkauf von Lebensmitteln rund ein Viertel mehr Geld ausgeben müssen als im Vorjahresmonat. Bei Getränken lagen die Kostensteigerungen im Monatsvergleich demnach bei mehr als 18 Prozent, beim Personal bei 21 Prozent.

Zöllick forderte deshalb erneut die Beibehaltung der vergünstigten Mehrwertsteuer von sieben Prozent für Speisen in der Gastronomie. "Es wäre widersprüchlich und wettbewerbsverzerrend, frisch zubereitetes Essen in der Gastronomie in Deutschland wieder mit 19 Prozent zu besteuern, während das Essen zum Mitnehmen, im Supermarkt oder bei der Essenslieferung sieben Prozent erhoben werden", sagte er. Im Falle einer Erhöhung zum Jahreswechsel seien rund 12 000 Betriebe von Insolvenz bedroht.

Um die Branche während der Corona-Krise zu entlasten, war der Steuerersatz für Speisen im Restaurant auf sieben Prozent gesenkt worden. Aufgrund der Energiekrise wurde die Maßnahme bis Ende dieses Jahres verlängert. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) kündigte zuletzt eine Entscheidung über eine dauerhafte Lösung für Ende des Jahres an.

Anzeige



Gastgewerbe

Dehoga warnt nach schwierigem Sommer erneut vor höherer Steuer

Der Branchenverband Dehoga warnt vor einer Mehrwertsteuererhöhung und fordert „Steuerfairness“. Bundeskanzler Scholz stellte jüngst eine Entscheidung für Ende des Jahres in Aussicht.

05.09.2023



Restaurant in Berlin © dpa

Angesichts der weiterhin schwierigen Lage für das Gastgewerbe hat der Branchenverband Dehoga seine Forderungen nach einer dauerhaft niedrigen Mehrwertsteuer für die Unternehmen bekräftigt. „Das Sommergeschäft lief vielerorts nicht wie erwartet“, teilte der Hotel- und Gaststättenverband am Dienstag mit. „Erschwerend für die Betriebe hinzu kommen die stark gestiegenen Kosten bei Lebensmitteln, Personal und Energie.“

Die Diskussion um eine Mehrwertsteuererhöhung für die Gastronomie sorge deshalb „für erhebliche Verunsicherung und existenzielle Sorgen“. Man warne daher „eindringlich vor den Folgen einer Heraufsetzung des Mehrwertsteuersatzes von sieben auf 19 Prozent zum 1. Januar 2024“ und fordere „Steuerfairness“.

Die Branche war von den Maßnahmen der Corona-Pandemie besonders schwer getroffen und schreibt eigenen Angaben zufolge seit drei Jahren Verluste. Die Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie war während der Pandemie deshalb von 19 auf 7 Prozent übergangsweise gesenkt worden. Angesichts der Energiekrise wurde die Regelung bis Ende 2023 verlängert.

Bundeskanzler Olaf Scholz stellte eine Entscheidung über eine mögliche Fortführung des ermäßigten Steuersatzes jüngst für Ende des Jahres in Aussicht. Es gebe einen Haushaltsentwurf, und im November oder Dezember müsse der Bundestag schauen, ob er Geld habe oder nicht, sagte Scholz Ende August bei einem Bürgergespräch der Bayern-SPD in München.

Der Dehoga will an diesem Dienstag in Berlin seine Zwischenbilanz zum Jahresverlauf vorstellen.

Mehr: Jede neunte Gaststätte von Insolvenz bedroht – Kommt mit höherer Mehrwertsteuer das große Gastro-Sterben?

dpa



Die neue
Handelsblatt App

Quelle: dpa

BERLIN. Die Diskussion um eine Mehrwertsteuererhöhung für die Gastronomie Sorge deshalb "für erhebliche Verunsicherung und existenzielle Sorgen". Man warne daher "eindringlich vor den Folgen einer Heraufsetzung des Mehrwertsteuersatzes von sieben auf 19 Prozent zum 1. Januar 2024" und fordere "Steuerfairness".

Die Branche war von den Maßnahmen der Corona-Pandemie besonders schwer getroffen und schreibt eigenen Angaben zufolge seit drei Jahren Verluste. Die Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie war während der Pandemie deshalb von 19 auf 7 Prozent übergangsweise gesenkt worden. Angesichts der Energiekrise wurde die Regelung bis Ende 2023 verlängert.

Bundeskanzler Olaf Scholz stellte eine Entscheidung über eine mögliche Fortführung des ermäßigten Steuersatzes jüngst für Ende des Jahres in Aussicht. Es gebe einen Haushaltsentwurf, und im November oder Dezember müsse der Bundestag schauen, ob er Geld habe oder nicht, sagte Scholz Ende August bei einem Bürgergespräch der Bayern-SPD in München.

Der Dehoga will an diesem Dienstag in Berlin seine Zwischenb Jahresverlauf vorstellen.

[STARTSEITE](#)

E-MAIL

POCKET

FLIPBOARD



Gastgewerbe mit schwierigem Sommer - Verband warnt vor höherer Steuer

vom 05.09.2023, 05:23 Uhr



Bild: pixabay.com

BERLIN (dpa-AFX) - Angesichts der weiterhin schwierigen Lage für das Gastgewerbe hat der Branchenverband Dehoga seine Forderungen nach einer dauerhaft niedrigen Mehrwertsteuer für die Unternehmen bekräftigt. "Das Sommergeschäft lief vielerorts nicht wie erwartet", teilte der Hotel- und Gaststättenverband am Dienstag mit. "Erschwerend für die Betriebe hinzu kommen die stark gestiegenen Kosten bei Lebensmitteln, Personal und Energie."

Die Diskussion um eine Mehrwertsteuererhöhung für die Gastronomie sorge deshalb "für erhebliche Verunsicherung und existenzielle Sorgen". Man warne daher "eindringlich vor den Folgen einer Heraufsetzung des Mehrwertsteuersatzes von sieben auf 19 Prozent zum 1. Januar 2024" und fordere "Steuerfairness".

Die Branche war von den Maßnahmen der Corona-Pandemie besonders schwer getroffen und schreibt eigenen Angaben zufolge seit drei Jahren Verluste. Die Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie war während der Pandemie deshalb von 19 auf 7 Prozent übergangsweise gesenkt worden. Angesichts der Energiekrise wurde die Regelung bis Ende 2023 verlängert.

Bundeskanzler Olaf Scholz stellte eine Entscheidung über eine mögliche Fortführung des ermäßigten Steuersatzes jüngst für Ende des Jahres in Aussicht. Es gebe einen Haushaltsentwurf, und im November oder Dezember müsse der Bundestag schauen, ob er Geld habe oder nicht, sagte Scholz Ende August bei einem Bürgergespräch der Bayern-SPD in München.

Der Dehoga will an diesem Dienstag in Berlin seine Zwischenbilanz zum Jahresverlauf vorstellen./maa/DP/zb

DEHOGA

Eindringliche Forderung nach 7 Prozent

Von Redaktion | Dienstag, 05. September 2023



Dehoga-Präsident Guido Zöllick: Er fordert eindringlich die Beibehaltung der 7 Prozent

(/news/media/29/Dehoga-288731.jpeg)

Dehoga-Präsident Guido Zöllick fordert auf der Jahres-PK des Verbandes in Berlin: „Steuerfairness mit einheitlich 7 Prozent Mehrwertsteuer auf Essen.“

Nach drei Verlustjahren in Folge steht das Gastgewerbe in Deutschland noch immer vor großen, teilweise existenziellen Herausforderungen. Laut dem Statistischen Bundesamt liegen die preisbereinigten Umsatzverluste **im ersten Halbjahr 2023 mit real 10,4 Prozent deutlich unter den Werten des Vorkrisenniveaus in 2019** (nominal +9,6%).

Das Gaststättengewerbe schneidet bei diesen Vergleichswerten mit einem realen Umsatzminus von 13,0 Prozent (nominal +8,7%) sogar noch schlechter ab. Allein in **2020 und 2021 hat die Branche 36.000 Unternehmen verloren**. 2024 drohe das Aus von 12.000 weiteren Betrieben, wenn zum Jahreswechsel die geplante Steuererhöhung von 7 auf 19 Prozent kommen würde. So lauten die Ergebnisse der aktuellen Dehoga-Umfrage.

„Das ist bitter. Denn schon jetzt ist die Gastronomiedichte insbesondere im ländlichen Raum spürbar gesunken“, so Zöllick. „Eine Steuererhöhung auf Speisen zum 1. Januar 2024 müsste in vollem Umfang an die Gäste weitergegeben werden wie auch weitere Kostenbelastungen,

da die Gastronomen keine Spielräume und Reserven mehr haben. **Das führt zu einem Preisschock für die Gäste.** Weniger Gäste, Umsatzverluste und weitere Betriebsschließungen wären vorprogrammiert“, so Zöllick und mahnt: „Warum soll unsere Branche wieder steuerlich benachteiligt werden? Wir wollen, dass Essen einheitlich mit 7 Prozent besteuert wird, egal ob, wie und wo zubereitet, und wie und wo verzehrt. So sieht Steuerfairness aus.“

Eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen in der Gastronomie zum Jahreswechsel lehnen mehr als zwei Drittel der Menschen in Deutschland ab. **Mehr als jeder Zweite würde in dem Fall seltener essen gehen.** Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA Bundesverband) hervor.

Druck ohne Ende

Die Branche steht massiv unter Druck, auch **weil das Sommergeschäft vielerorts nicht wie erwartet lief.** Laut Umfrage fiel es für jeden zweiten Unternehmer (54,4%) schlechter aus als im Vorkrisenjahr 2019, und für 40,7 Prozent sogar auch schlechter als 2022. „Neben dem wechselhaften Wetter stellten 64,5 Prozent der Betriebe einen Rückgang der Gästezahlen wegen der zunehmenden Konsumzurückhaltung fest“, bestätigt Zöllick.

Auch liegen noch immer die Übernachtungszahlen unter dem Vorkrisenniveau. Im ersten Halbjahr 2023 verbuchte die Branche **218,5 Millionen Übernachtungen.** Das entspricht einem **Minus von 1,7 Prozent** gegenüber dem ersten Halbjahr im Vorkrisenjahr 2019. Vor allem die für den Städtetourismus so wichtigen ausländischen Gäste fehlen.

Weitere Ergebnisse der Dehoga-Umfrage

Fakt ist: Die Branche leidet ebenso wie ihre Gäste enorm unter den weiter steigenden Kosten. So gaben die Umfrageteilnehmer an, dass die Preise für **Lebensmittel um durchschnittlich 25,3 Prozent höher** lagen als im August 2022, die von Getränken um 18,1 Prozent und die Energieprodukte um 41,3 Prozent. Die Personalkosten kletterten gar um 21,0 Prozent nach oben.

Als größte Herausforderung sehen 83,8 Prozent der Betriebe die Kostenexplosion in den Bereichen Lebensmittel und Getränke, gefolgt von den überproportional gestiegenen **Kosten für Energie (79,5%), Personal (76%) und der zunehmenden Bürokratie (75%).** 65,2 Prozent der Unternehmer sprechen zudem von einem akuten Mitarbeitermangel. „Die Existenzängste in der Branche sind unvermindert hoch. Mit 45,5 Prozent erwarten fast die Hälfte unserer Unternehmer, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher“, bestätigt Präsident Zöllick. Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei zugleich steigenden Kosten befürchten 28 Prozent der Unternehmer, mit ihrem Betrieb im Jahr 2023 sogar in die Verlustzone zu geraten.

Steuererhöhung auf 19 Prozent hätte fatale Folgen

Eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen zum Jahreswechsel hätte laut Zöllick fatale Folgen für Gäste und Beschäftigte, für die Tourismuswirtschaft und die Betriebe. Wenn noch mehr Restaurants und Cafés verschwinden, würde der Verödung von Innenstädten weiter Vorschub geleistet werden, der ländliche Raum würde auch an Attraktivität verlieren, ein Verlust an Lebensqualität wäre vorprogrammiert.



Dehoga-Hauptgeschäftsführerin Ingrid Hartges: Wenn noch mehr Restaurants und Cafés verschwinden, wird der Verödung von Innenstädten weiter Vorschub geleistet

[\(/news/media/29/Dehoga-288734.jpeg\)](/news/media/29/Dehoga-288734.jpeg)

„**Wir wollen, dass Gastronomie bezahlbar bleibt**“, sagt Guido Zöllick, „das gilt auch für die Gemeinschafts- wie für die Kita- und Schulverpflegung. 7 Prozent geben den Anbietern mehr finanzielle Möglichkeiten für den Kauf frischer, regionaler und ökologisch erzeugter Lebensmittel. Eine Steuererhöhung auf 19 Prozent würde daher in krassem Widerspruch zu den Zielen der Ernährungsstrategie der Bundesregierung stehen.“

Einheitlich 7 Prozent

Steuergerechtigkeit heißt: Essen muss einheitlich mit 7 Prozent besteuert werden. Der reduzierte Mehrwertsteuersatz **gilt aktuell in 23 EU-Staaten**. In den meisten Staaten wird Essen, egal ob, wie und wo zubereitet, steuerlich gleichbehandelt. „Mit Blick auf die hohe Relevanz der Gastronomie muss sie steuerpolitisch sachgerecht behandelt und darf gegenüber anderen Anbietern von Essen nicht benachteiligt werden“, erklärt der Dehoga-Präsident.

Seit Jahrzehnten macht sich der Dehoga stark für einen einheitlichen

Mehrwertsteuersatz auf Essen - egal wo und wie es zubereitet und konsumiert wird. Zöllick: „Es ist weder fair, noch gerecht noch logisch, dass ab dem 1. Januar 2024 für Essen in Cafés und Restaurants wieder 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig werden, während für das Essen zum Mitnehmen, den Fertigsalat aus dem Supermarkt und die Essenslieferung weiterhin 7 Prozent gelten.“

Das Angebot zur Essensmitnahme in Supermärkten und Discountern, Bäckereien und Metzgereien sowie Tankstellen wurde in den vergangenen zehn Jahren stetig ausgeweitet und **steht längst in großer Konkurrenz zu den gastronomischen Betrieben**. „Wenn Restaurants, Wirtshäuser und Biergärten überleben sollen, müssen die 7 Prozent Mehrwertsteuer bleiben“, fordert Zöllick

Anzeige



Willkommen an der **Börse Frankfurt!** Um Ihnen das bestmögliche Online-Erlebnis zu ermöglichen, setzen wir auf unserer Webseite Cookies ein. Mit dem Klicken auf "Akzeptieren" erklären Sie sich damit einverstanden, dass wir Cookies oder verwandte Technologien verwenden dürfen. Über den Button "Einstellungen" können Sie der Verwendung der genannten Dienste im Einzelnen zustimmen oder widersprechen. Detaillierte Informationen und wie Sie der Verwendung von Cookies und verwandten Technologien auf dieser Website jederzeit widersprechen können, finden Sie in unseren [Datenschutzhinweisen](#).

Einstellungen	Ablehnen	Akzeptieren
---------------	----------	-------------

Name / WKN / ISIN / Kürzel

Hilfe Newsletter Kontakt English

Xetra Realtime Watchlist Portfolio Login

[Home](#) [Aktien](#) [Anleihen](#) [ETF/ETP](#) [Fonds](#) [Rohstoffe](#) [Zertifikate](#) [Nachhaltig](#) [News](#) [Wissen](#)
[Einstieg](#)

[Nachrichten](#) [Bekanntmachungen](#) [Marktstimmung](#)

05.09.23 05:23:09

Gastgewerbe mit schwierigem Sommer - Verband warnt vor höherer Steuer

BERLIN (dpa-AFX) - Angesichts der weiterhin schwierigen Lage für das Gastgewerbe hat der Branchenverband Dehoga seine Forderungen nach einer dauerhaft niedrigen Mehrwertsteuer für die Unternehmen bekräftigt. "Das Sommergeschäft lief vielerorts nicht wie erwartet", teilte der Hotel- und Gaststättenverband am Dienstag mit. "Erschwerend für die Betriebe hinzu kommen die stark gestiegenen Kosten bei Lebensmitteln, Personal und Energie."

Die Diskussion um eine Mehrwertsteuererhöhung für die Gastronomie sorge deshalb "für erhebliche Verunsicherung und existenzielle Sorgen". Man warne daher "eindringlich vor den Folgen einer Heraufsetzung des Mehrwertsteuersatzes von sieben auf 19 Prozent zum 1. Januar 2024" und fordere "Steuerfairness".

Die Branche war von den Maßnahmen der Corona-Pandemie besonders schwer getroffen und schreibt eigenen Angaben zufolge seit drei Jahren Verluste. Die Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie war während der Pandemie deshalb von 19 auf 7 Prozent übergangsweise gesenkt worden. Angesichts der Energiekrise wurde die Regelung bis Ende 2023 verlängert.

Bundeskanzler Olaf Scholz stellte eine Entscheidung über eine mögliche Fortführung des ermäßigten Steuersatzes jüngst für Ende des Jahres in Aussicht. Es gebe einen Haushaltsentwurf, und im November oder Dezember müsse der Bundestag schauen, ob er Geld habe oder nicht, sagte Scholz Ende August bei einem Bürgergespräch der Bayern-SPD in München.

Der Dehoga will an diesem Dienstag in Berlin seine Zwischenbilanz zum Jahresverlauf vorstellen./maa/DP/zb

News	Marktberichte	Ad-hoc	BF News
------	---------------	--------	---------

News ▶

Uhrzeit	Titel
12:44	Studie: Ausbau der Halbleiterproduktion...
12:35	AKTIE IM FOKUS: HSBC sieht weiter K...
12:23	EQS-Stimmrechte: Epigenomics AG (d...
12:18	EQS-Stimmrechte: RWE Aktiengesellsc...
12:10	IAA: Lufthansa kratzt auf der Messe am...

© Deutsche Börse

Kontakt Impressum Disclaimer Datenschutz Markenrechte Cookie-Einstellungen

Weiterleiten Drucken

Charts von



Willkommen an der Börse Frankfurt! Um Ihnen das bestmögliche Online-Erlebnis zu ermöglichen, setzen wir auf unserer Webseite Cookies ein. Mit dem Klicken auf "Akzeptieren" erklären Sie sich damit einverstanden, dass wir Cookies oder verwandte Technologien verwenden dürfen. Über den Button "Einstellungen" können Sie der Verwendung der genannten Dienste im Einzelnen zustimmen oder widersprechen. Detaillierte Informationen und wie Sie der Verwendung von Cookies und verwandten Technologien auf dieser Website jederzeit widersprechen können, finden Sie in unseren [Datenschutzhinweisen](#).

[Einstellungen](#)

[Ablehnen](#)

[Akzeptieren](#)

[Aktien](#)

[Anleihen](#)

[ETF/ETP](#)

[Fonds](#)

[Rohstoffe](#)

[Zertifikate](#)

[Nachhaltig](#)

[Einstieg](#)

[Nachrichten](#)

[Bekanntmachungen](#)

[Marktstimmung](#)

[RSS](#)

[Podcasts](#)

[Börse besuchen](#)

[Über die Börse](#)

[Wertpapiere](#)

[Handeln](#)

[Börsenlexikon](#)

[Publikationen](#)

[Börse für Schüler](#)

[Termine](#)

[Finanzen für Frauen](#)

[Karriere @Börse Frankfurt](#)

[Registrieren](#)

[Watchlist](#)

[Portfolio](#)

[Xetra Realtime](#)

Gruppe Deutsche Börse

[Karriere](#)

[Presse](#)

[Xetra-Gold](#)

[Xetra](#)

[Deutsche Börse Cash](#)

[Market](#)

[Deutsche Börse Venture](#)

[Network](#)

[Deutsche Börse Group](#)

[Eurex](#)

Kontaktieren Sie uns:

Hotline +49 (0) 69 211 18310

8 - 18 Uhr MEZ

boerse-frankfurt@deutsche-boerse.com

Gastgewerbe warnt vor "Preisschock" wegen höherer Steuern

05.09.2023 11:33

Das deutsche Gastgewerbe steuert auf das vierte Verlustjahr in Folge zu. Höhere Steuern ab Januar könnten zu einem "Preisschock für die Gäste" führen.

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN



Das deutsche Gastgewerbe wendet sich gegen höhere Steuern. (Foto: dpa)

Hotels und Restaurants in Deutschland sorgen sich um das Auslaufen von Steuererleichterungen Anfang 2024. "Die Existenzängste in der Branche sind unvermindert hoch", sagte Präsident Guido Zöllick vom Branchenverband

Die Website verwendet Cookies von externen Servern zusätzlich zu ihren eigenen Cookies für die vollständige Anzeige von Inhalten und Werbung. Akzeptieren Sie externe Cookies?

ICH AKZEPTIERE

EINSTELLUNGEN

MEHR ERFAHREN

massiv gestiegener Kosten appellierte Zöllick erneut an die Politik, die auf sieben Prozent gesenkte Mehrwertsteuer dürfe 2024 nicht wieder auf 19 Prozent erhöht werden. "Das führt zu einem Preisschock für die Gäste."

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) fordert seit längerem, die in der Corona- und Energiekrise reduzierte Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie dauerhaft niedrig zu halten. Nach mehrfacher Verlängerung soll der Steuersatz im Januar 2024 wieder von sieben auf die ursprünglichen 19 Prozent steigen. Dies und andere Kosten müssten die Betriebe aber voll an die Gäste weitergeben, "da die Gastronomen keine Spielräume und Reserven mehr haben", warnte Zöllick. Gut 90 Prozent der Firmen würden laut Dehoga-Umfrage ihre Preise dann erhöhen.

MEHR KOSTEN, WENIGER GÄSTE, WENIGER UMSATZ

In den ersten sechs Monaten waren die Umsätze - bereinigt um steigende Preise - zum Vorkrisen-Niveau von 2019 real um 10,4 Prozent gesunken. Die nominalen Erlöse hingegen waren inflationsbedingt knapp zehn Prozent höher. "Es wird von dem Verlust, den wir im ersten Halbjahr eingefahren haben, nichts wieder aufgeholt", sagte Zöllick. Die Branche hänge 2023 hinter dem Niveau von 2019 hinterher. "Damit steuert das Gastgewerbe auf das vierte Verlustjahr in Folge zu", erklärte Zöllick.

Allein in den Pandemie-Jahren 2020 und 2021 mit längeren Lockdowns hat die Branche laut Dehoga 36.000 Unternehmen verloren. Im nächsten Jahr drohe beim Auslaufen der Steuererleichterung 12.000 weiteren Betrieben das Aus, erklärte der Dehoga zur Umfrage unter rund 6500 Unternehmen. Demnach lagen die Preise für Lebensmittel zuletzt um durchschnittlich 25,3 Prozent höher als im August 2022, die von Getränken um 18,1 Prozent und die von Energieprodukten um 41,3 Prozent höher. Personalkosten stiegen zudem

Die Website verwendet Cookies von externen Servern zusätzlich zu ihren eigenen Cookies für die vollständige Anzeige von Inhalten und Werbung. Akzeptieren Sie externe Cookies?

ICH AKZEPTIERE

EINSTELLUNGEN

MEHR ERFAHREN

men und diese dann auch spürbar sparen würden. Deshalb sagen für diesen Fall rund 70 Prozent sinkende Nettoumsätze voraus. Laut Insa-Umfrage für den Dehoga lehnen zwei Drittel der Deutschen eine höhere Steuer ab und mehr als jede oder jeder Zweite würde dann seltener essen gehen.

"Tourismus funktioniert nicht ohne Gastgewerbe", mahnte Zölllick. Es dürfe kein weiteres Kneipensterben auf dem Dorf oder in Innenstädten geben. "Restaurants und Cafés sind die öffentlichen Wohnzimmer der Gesellschaft." Der Lobbyist rief die Politik auf, anders als bisher Essen - ob in der Gastronomie, im Supermarkt oder zum Mitnehmen - einheitlich mit sieben Prozent zu besteuern. Er sei zwar optimistisch, aber auch realistisch, weil es letztlich "eine Frage des Haushalts" sei.

Das Kabinett hat zuletzt Steuerentlastungen für kleine und mittelständische Firmen von sieben Milliarden Euro pro Jahr ab 2024 auf den Weg gebracht. Finanzminister Christian Lindner kann sich weitere Entlastungen vorstellen, wegen knapper Kassen pocht der FDP-Chef aber immer auf Sparvorschläge an anderer Stelle. (Reuters)

Weiterlesen

- [Neuer Geschäftsindex zeigt: Zuversicht unter Selbstständigen schwindet](#)
- [Inflation fällt auf 6,1 Prozent, Nahrung deutlich teurer](#)
- [Fachkräftemangel: Gastgewerbe fehlen bis zu 65.000 Mitarbeiter](#)

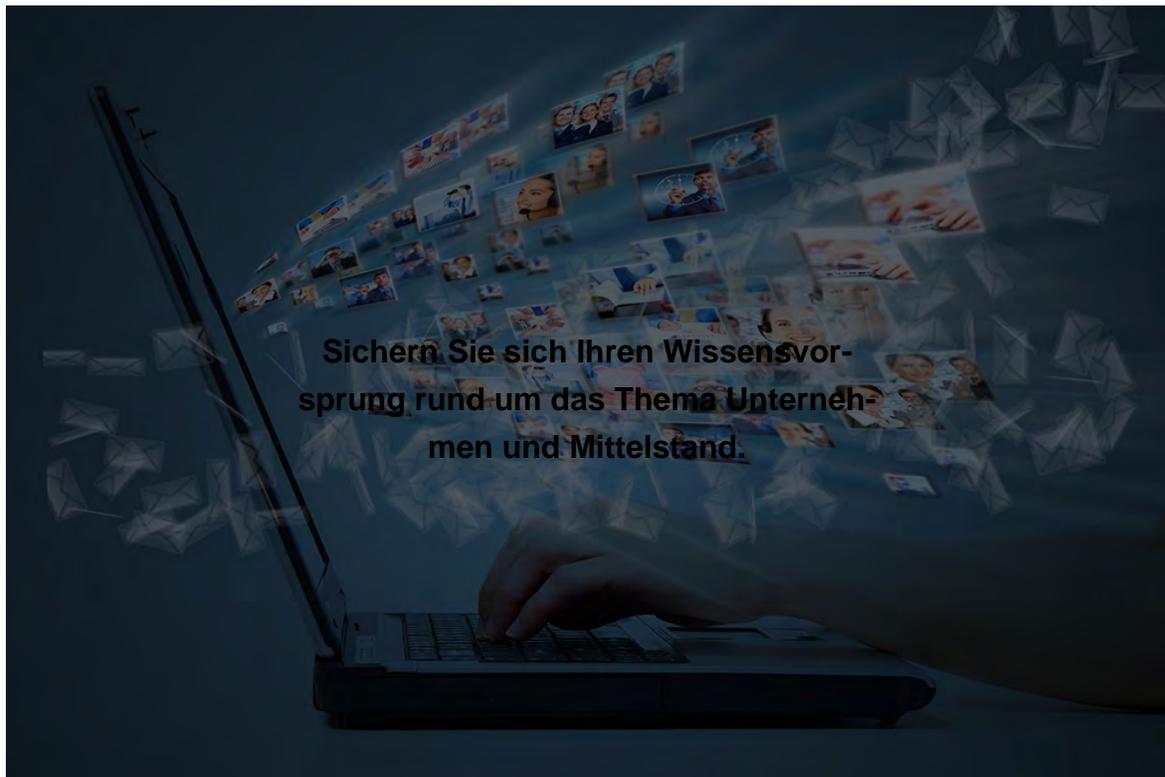
Bleiben Sie informiert!

Die Website verwendet Cookies von externen Servern zusätzlich zu ihren eigenen Cookies für die vollständige Anzeige von Inhalten und Werbung. Akzeptieren Sie externe Cookies?

[ICH AKZEPTIERE](#)

[EINSTELLUNGEN](#)

[MEHR ERFAHREN](#)



Sichern Sie sich Ihren Wissensvorsprung rund um das Thema Unternehmen und Mittelstand.

ABONNIEREN »

Ich habe die [Datenschutzerklärung](#) gelesen und erkläre mich einverstanden.
Ich habe die [AGB](#) gelesen und erkläre mich einverstanden.

Ihre Informationen sind sicher. Die Deutschen Wirtschafts Nachrichten verpflichten sich, Ihre Informationen sorgfältig aufzubewahren und ausschließlich zum Zweck der Übermittlung des Schreibens an den Herausgeber zu verwenden. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht. Der Link zum Abbestellen befindet sich am Ende jedes Newsletters.



ANZEIGE

RATGEBER

Spezieller Beruf, spezielle Bedürfnisse.

Beamtinnen und Beamte wollen etwas bewegen – für sich selbst und für andere. Sie übernehmen Verantwortung für die Gesellschaft. Aber...

Die Website verwendet Cookies von externen Servern zusätzlich zu ihren eigenen Cookies für die vollständige Anzeige von Inhalten und Werbung. Akzeptieren Sie externe Cookies?

ICH AKZEPTIERE

EINSTELLUNGEN

MEHR ERFAHREN

Prozent höher als im August 2022, die von Getränken um 18,1 Prozent und die von Energieprodukten um 41,3 Prozent. Personalkosten erhöhten sich zudem um 21,0 Prozent.

Quelle: Reuters/dpa-AFX/mj.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2023
Alle Rechte vorbehalten.

7 Prozent sind überlebenswichtig

Dienstag, 05. September 2023



SCHMANN

Dehoga Präsident Guido Zöllick.

Dehoga-Präsident Guido Zöllick fordert auf der Jahres-PK des Verbandes in Berlin: „Steuerfairness mit einheitlich 7 Prozent Mehrwertsteuer auf Essen.“



Nach drei Verlustjahren in Folge steht das Gastgewerbe in Deutschland noch immer vor großen, teilweise existenziellen Herausforderungen. Laut dem Statistischen Bundesamt liegen die preisbereinigten Umsatzverluste **im ersten Halbjahr 2023 mit real 10,4 Prozent deutlich unter den Werten des Vorkrisenniveaus in 2019** (nominal +9,6%).

Das Gaststättengewerbe schneidet bei diesen Vergleichswerten mit einem realen Umsatzminus von 13,0 Prozent (nominal +8,7%) sogar noch schlechter ab. Allein in **2020 und 2021 hat die Branche 36.000 Unternehmen verloren**. 2024 drohe das Aus von 12.000 weiteren Betrieben, wenn zum Jahreswechsel die geplante Steuererhöhung von 7 auf 19 Prozent kommen würde. So lauten die Ergebnisse der aktuellen Dehoga-Umfrage.

Eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen in der Gastronomie zum Jahreswechsel **lehnen mehr als zwei Drittel der Menschen in Deutschland ab**. Mehr als jeder Zwei-

te würde in dem Fall seltener essen gehen. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes hervor.

„Das ist bitter. Denn schon jetzt ist die Gastronomiedichte insbesondere im ländlichen Raum spürbar gesunken“, so Zöllick. „Eine Steuererhöhung auf Speisen zum 1. Januar 2024 müsste in vollem Umfang an die Gäste weitergegeben werden wie auch weitere Kostenbelastungen, da die Gastronomen keine Spielräume und Reserven mehr haben. **Das führt zu einem Preisschock für die Gäste.** Weniger Gäste, Umsatzverluste und weitere Betriebsschließungen wären vorprogrammiert“, so Zöllick und mahnt: „Warum soll unsere Branche wieder steuerlich benachteiligt werden? Wir wollen, dass Essen einheitlich mit 7 Prozent besteuert wird, egal ob, wie und wo zubereitet, und wie und wo verzehrt. So sieht Steuerfairness aus.“

Druck ohne Ende

Die Branche steht massiv unter Druck, auch **weil das Sommergeschäft vielerorts nicht wie erwartet lief.** Laut Umfrage fiel es für jeden zweiten Unternehmer (54,4%) schlechter aus als im Vorkrisenjahr 2019, und für 40,7 Prozent sogar auch schlechter als 2022. „Neben dem wechselhaften Wetter stellten 64,5 Prozent der Betriebe einen Rückgang der Gästezahlen wegen der zunehmenden Konsumzurückhaltung fest“, bestätigt Zöllick.

MEHR DAZU

ZWISCHENRUF



Sechs Gründe, warum Gastgeber dringend Hilfe benötigen

Gastgeber in Deutschland haben einen schweren Stand. Warum Unterstützung dringend notwendig ist, legt Chefredakteur Boris Tomic hier dar.

(/maerkte/news/zwischenruf-sechs-gruende-warum-gastgeber-dringend-hilfe-benoetigen-56644)

Auch liegen noch immer die Übernachtungszahlen unter dem Vorkrisenniveau. Im ersten Halbjahr 2023 verbuchte die Branche **218,5 Millionen Übernachtungen.** Das entspricht einem **Minus von 1,7 Prozent** gegenüber dem ersten Halbjahr im Vorkrisenjahr 2019. Vor allem die für den Städtetourismus so wichtigen ausländischen Gäste fehlen.

Weitere Ergebnisse der Dehoga-Umfrage

Fakt ist: Die Branche leidet ebenso wie ihre Gäste enorm unter den weiter steigenden Kosten. So gaben die Umfrageteilnehmer an, dass die Preise für **Lebensmittel um durchschnittlich 25,3 Prozent höher** lagen als im August 2022, die von Getränken um 18,1 Prozent und die Energieprodukte um 41,3 Prozent. Die Personalkosten kletterten gar um 21,0 Prozent nach oben.

Als größte Herausforderung sehen 83,8 Prozent der Betriebe die Kostenexplosion in den Bereichen Lebensmittel und Getränke, gefolgt von den überproportional gestiegenen **Kosten für Energie (79,5%), Personal (76%) und der zunehmenden Bürokratie (75%)**. 65,2 Prozent der Unternehmer sprechen zudem von einem akuten Mitarbeitermangel. „Die Existenzängste in der Branche sind unvermindert hoch. Mit 45,5 Prozent erwarten fast die Hälfte unserer Unternehmer, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher“, bestätigt Präsident Zöllick. Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei zugleich steigenden Kosten befürchten 28 Prozent der Unternehmer, mit ihrem Betrieb im Jahr 2023 sogar in die Verlustzone zu geraten.

Steuererhöhung auf 19 Prozent hätte fatale Folgen

Eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen zum Jahreswechsel hätte laut Zöllick fatale Folgen für Gäste und Beschäftigte, für die Tourismuswirtschaft und die Betriebe. Wenn noch mehr Restaurants und Cafés verschwinden, würde der Verödung von Innenstädten weiter Vorschub geleistet werden, der ländliche Raum würde auch an Attraktivität verlieren, ein Verlust an Lebensqualität wäre vorprogrammiert.

„**Wir wollen, dass Gastronomie bezahlbar bleibt**“, sagt Guido Zöllick, „das gilt auch für die Gemeinschafts- wie für die Kita- und Schulpflege. 7 Prozent geben den Anbietern mehr finanzielle Möglichkeiten für den Kauf frischer, regionaler und ökologisch erzeugter Lebensmittel. Eine Steuererhöhung auf 19 Prozent würde daher in krassem Widerspruch zu den Zielen der Ernährungsstrategie der Bundesregierung stehen.“

Einheitlich 7 Prozent

Steuergerechtigkeit heißt: Essen muss einheitlich mit 7 Prozent besteuert werden. Der reduzierte Mehrwertsteuersatz **gilt aktuell in 23 EU-Staaten**. In den meisten Staaten wird Essen, egal ob, wie und wo zubereitet, steuerlich gleichbehandelt. „Mit Blick auf die hohe Relevanz der Gastronomie muss sie steuerpolitisch sachgerecht behandelt und darf gegenüber anderen Anbietern von Essen nicht benachteiligt werden“, erklärt der Dehoga-Präsident.

Seit Jahrzehnten macht sich der Dehoga stark für einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz auf Essen - egal wo und wie es zubereitet und konsumiert wird. Zöllick: „Es ist weder fair, noch gerecht noch logisch, dass ab dem 1. Januar 2024 für Essen in Cafés und Restaurants wieder 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig werden, während für das Essen zum Mitnehmen, den Fertigsalat aus dem Supermarkt und die Essenslieferung weiterhin 7 Prozent gelten.“

Das Angebot zur Essensmitnahme in Supermärkten und Discountern, Bäckereien und Metzgereien sowie Tankstellen wurde in den vergangenen zehn Jahren stetig ausgeweitet und **steht längst in großer Konkurrenz zu den gastronomischen Betrieben**. „Wenn Restaurants, Wirtshäuser und Biergärten überleben sollen, müssen die 7 Prozent Mehrwertsteuer bleiben“, fordert Zöllick

Hier finden Sie weitere [fs+ Artikel \(/plus/\)](#).

THEMEN:

- Guido Zöllick
- DEHOGA
- Verlustjahr
- Gastgewerbe
- Gastronomie
- Deutschland
- Lebensmittel

ANZEIGE



MEDIAMARKTSATURN BUSINESS

Wie PiNSTA die Franchise-Welt erobert – und die Technik hilft

Zu teuer, zu komplex, zu wenig Support: Für kleine und mittlere Unternehmen (SME) sind technische Lösungen oft zu teuer. Doch für viele Branchen, von Büro und Gewerbe bis hin zu Gastronomie und Hotel, bietet PiNSTA maßgeschneiderten Rundum-Service. Wie der persönliche Geschäftskundenberater in Verbindung

Branchenumfrage: Gastronomen mit Sommergeschäft unzufrieden

finanzen.net Redaktion

BERLIN (dpa-AFX) - Das Sommergeschäft lief für das Gastgewerbe in Deutschland einer Umfrage des Branchenverbands Dehoga zufolge schlechter als erwartet. Mehr als jeder zweite befragte Betrieb gab dabei an, schlechtere Geschäfte gemacht zu haben als im Vorkrisen-Sommer 2019, wie der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands, Guido Zöllick, am Dienstag in Berlin sagte. "Und selbst im Vergleich zu 2022 sagen das 40,7 Prozent", betonte der Dehoga-Chef.

Dem Statistischen Bundesamt zufolge lagen die Umsätze der Branche im ersten Halbjahr 2023 inflationsbereinigt um mehr als zehn Prozent unter dem Halbjahresniveau aus dem Vorkrisenjahr 2019. Im Vergleich zum Vorjahr legte der Umsatz in den ersten Monaten noch deutlich zu. Im Mai und Juni stagnierte das Wachstum allerdings bei zuletzt knapp drei Prozent.

Neben dem wechselhaften Wetter und der generellen Konsumzurückhaltung der Verbraucherinnen und Verbraucher seien dafür auch die gestiegenen Kosten verantwortlich. Laut Umfrage hätten die Unternehmen im August für den Einkauf von Lebensmitteln rund ein Viertel mehr Geld ausgeben müssen als im Vorjahresmonat. Bei Getränken lagen die Kostensteigerungen im Monatsvergleich demnach bei mehr als 18 Prozent, beim Personal bei 21 Prozent.

Zöllick forderte deshalb erneut die Beibehaltung der vergünstigten Mehrwertsteuer von sieben Prozent für Speisen in der Gastronomie. "Es wäre widersprüchlich und wettbewerbsverzerrend, frisch zubereitetes Essen in der Gastronomie in Deutschland wieder mit 19 Prozent zu besteuern, während das Essen zum Mitnehmen, im Supermarkt oder bei der Essenslieferung sieben Prozent erhoben werden", sagte er. Im Falle einer Erhöhung zum Jahreswechsel seien rund 12 000 Betriebe von Insolvenz bedroht.

Um die Branche während der Corona-Krise zu entlasten, war der Steuerersatz für Speisen im Restaurant auf sieben Prozent gesenkt worden. Aufgrund der Energiekrise wurde die Maßnahme bis Ende dieses Jahres verlängert. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) kündigte zuletzt eine Entscheidung über eine dauerhafte Lösung für Ende des Jahres an./maa/DP/ngu

Trading ohne Ordergebühren

In eigener Sache

Du zahlst noch Gebühren? Dann handle Deine Aktien jetzt ganz einfach und transparent ohne Ordergebühren bei [finanzen.net](https://www.finanzen.net) zero (zzgl. marktüblicher Spreads)!

Gastgewerbe pessimistisch

Dehoga warnt vor höherer Mehrwertsteuer

von dpa

Dienstag, 05. September 2023



Die Rückkehr von der ermäßigten 7-Prozent-Umsatzsteuer auf Speisen und Getränke in der Gastronomie auf 19 Prozent treibt Gastronomen und Hoteliers Sorgenfalten auf die Stirn.

(/news/media/24/Gasthaus_Zur_Goldenen_Gans_in_Pasing-238808.jpeg)

Angesichts der weiterhin schwierigen Lage für das Gastgewerbe hat der Branchenverband Dehoga seine Forderungen nach einer dauerhaft niedrigen Mehrwertsteuer für die Unternehmen bekräftigt.

"Das Sommergeschäft lief vielerorts nicht wie erwartet", teilt der Hotel- und Gaststättenverband mit. "Erschwerend für die Betriebe hinzu kommen die stark gestiegenen Kosten bei Lebensmitteln, Personal und Energie."

Mehr dazu





Kritik an Mehrwertsteuer-Plänen

ASR unterstützt Dehoga auf ganzer Linie

(/touristik/hotellerie/kritik-an-mehrwertsteuerplaenen-asr-unterstuetzt-dehoga-auf-ganzer-linie-236265)

Die Diskussion um eine Mehrwertsteuer-Erhöhung für die Gastronomie sorge deshalb "für erhebliche Verunsicherung und existenzielle Sorgen". Man warne daher "eindringlich vor den Folgen einer Heraufsetzung des Mehrwertsteuersatzes von sieben auf 19 Prozent zum 1. Januar 2024" und fordere "Steuerfairness".

Die Branche war von den Maßnahmen der Corona-Pandemie besonders schwer getroffen und schreibt eigenen Angaben zufolge seit drei Jahren Verluste. Die Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie war während der Pandemie deshalb von 19 auf 7 Prozent übergangsweise gesenkt worden. Angesichts der Energiekrise wurde die Regelung bis Ende 2023 verlängert.

Bundeskanzler Olaf Scholz stellte eine Entscheidung über eine mögliche Fortführung des ermäßigten Steuersatzes jüngst für Ende des Jahres in Aussicht. Es gebe einen Haushaltsentwurf, und im November oder Dezember müsse der Bundestag schauen, ob er Geld habe oder nicht, sagte Scholz Ende August bei einem Bürgergespräch der Bayern-SPD in München.

Der Dehoga will am heutigen Dienstag in Berlin seine Zwischenbilanz zum Jahresverlauf vorstellen.

1 Kommentar

Sie müssen sich einloggen (/user/login/) oder registrieren (<https://shop.fww.de/abo/digital-testpaket/bestellen/15/22662>), um kommentieren zu können.

1.

Max Hübner

Erstellt Heute 10:19 | Permanent-Link

Es ist leider ein allgemeines Tourismus-Problem. Der Markt ist gesättigt. Anstatt, dass man sich aktiv mit angemessenen Strategien auseinandersetzt und agiert, erhöht man einfach nur Preise, hält an nicht mehr zeitgemäßen Strukturen fest. Arbeitnehmer gehen bei diesem Prinzip ebenfalls leer aus. Als Unternehmer kann man sich auf solche Verbände heute nicht mehr verlassen, da muss man selbst aktiv werden.

Themen

• [Gastgewerbe \(/suche/schlagworte/Gastgewerbe/\)](/suche/schlagworte/Gastgewerbe/)

• [DEHOGA \(/suche/schlagworte/DEHOGA/\)](/suche/schlagworte/DEHOGA/)

• [Branchenverband \(/suche/schlagworte/Branchenverband/\)](/suche/schlagworte/Branchenverband/)

• [Mehrwertsteuer \(/suche/schlagworte/Mehrwertsteuer/\)](/suche/schlagworte/Mehrwertsteuer/)

• [Gastronomie \(/suche/schlagworte/Gastronomie/\)](/suche/schlagworte/Gastronomie/)

• [Hotel- und Gaststättenverband \(/suche/schlagworte/Hotel-+und+Gastst%C3%A4ttenverband/\)](/suche/schlagworte/Hotel-+und+Gastst%C3%A4ttenverband/)

Dehoga zieht Bilanz: Gastgewerbe weiter unter Druck - games & business

Daniela Rehkopp



Das Gastgewerbe in Deutschland sieht sich nach drei Verlustjahren in Folge weiter vor teils existenziellen Herausforderungen. Der Präsident des Dehoga Bundesverbands Guido Zöllick und Hauptgeschäftsführerin Ingrid Hartges verwiesen auf einer Pressekonferenz in Berlin auf die Umsatzverluste [im ersten Halbjahr 2023](#). Diese lagen mit real 10,4 Prozent (nominal + 9,6 Prozent) deutlich unter dem Niveau des ersten Halbjahres 2019, dem Vergleichszeitraum vor der Corona-Pandemie. Laut Zahlen des Statistischen Bundesamts schnitt das Gaststättengewerbe mit einem realen Umsatzminus von 13 Prozent (nominal + 8,7 Prozent) noch schlechter ab.

Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung für Beibehaltung der 7 Prozent Mehrwertsteuer

36.000 Unternehmen hat die Branche in den Jahren 2020 und 2021 verloren. 2024 droht laut Dehoga das Aus von 12.000 weiteren Betrieben, wenn zum Jahreswechsel die geplante Steuererhöhung von 7 auf 19 Prozent kommen würde. Dehoga-Präsident Zöllick: „Das ist bitter. Denn schon jetzt ist die Gastronomiedichte insbesondere im ländlichen Raum spürbar gesunken.“ Eine Steuererhöhung auf Speisen zum 1. Januar 2024 müsste laut Verband in vollem Umfang an die Gäste weitergegeben werden. Auch weitere Kostenbelastungen, da die Gastronomen keine

Spielräume und Reserven mehr hätten. „Das führt zu einem Preisschock für die Gäste. Weniger Gäste, Umsatzverluste und weitere Betriebsschließungen wären vorprogrammiert“, so Zöllick.

Der Branchenverband fordert, dass Essen einheitlich mit 7 Prozent besteuert wird. So sieht in seinen Augen, aber auch bei einer großen Mehrheit der Menschen „Steuerfairness“ aus. Aus einer [aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa](#) im Auftrag des Dehoga geht hervor, dass mehr als zwei Drittel der Menschen in Deutschland eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen in der Gastronomie ablehnen. Mehr als jeder Zweite würde in dem Fall seltener essen gehen.

„Massiv unter Druck“

Das Sommergeschäft sei nicht wie erwartet gelaufen, bilanziert der Verband. Das Gastgewerbe stehe „massiv unter Druck“. Laut Umfrage fiel es für jeden zweiten Unternehmer (54,4 Prozent) schlechter aus als im Vorkrisenjahr 2019, und für 40,7 Prozent auch schlechter als 2022. Zöllick: „Neben dem wechselhaften Wetter stellten 64,5 Prozent der Betriebe einen Rückgang der Gästezahlen wegen der zunehmenden Konsumzurückhaltung fest.“ Er betont, dass die Branche ebenso wie ihre Gäste enorm unter den weiter steigenden Kosten leide.

Existenz- und Zukunftsängste

Als größte Herausforderung sehen 83,8 Prozent der Betriebe die Kostenexplosion in den Bereichen Lebensmittel und Getränke, gefolgt von den überproportional gestiegenen Kosten für Energie (79,5 Prozent), Personal (76 Prozent) und der zunehmenden Bürokratie (75 Prozent). 65,2 Prozent der Unternehmer gaben zudem akuten Mitarbeitermangel an. „Die Existenzängste in der Branche sind unvermindert hoch. Mit 45,5 Prozent erwarten fast die Hälfte unserer Unternehmer, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher“, sagt Zöllick. Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei zugleich steigenden Kosten befürchten 28 Prozent der Unternehmer, mit ihrem Betrieb im Jahr 2023 sogar in die Verlustzone zu geraten.

[Einheitlich 7 Prozent](#) statt Benachteiligung der Branche

Vor diesem Hintergrund hätte eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen zum Jahreswechsel fatale Folgen für Gäste und Beschäftigte, für die Wirtschaft und die Betriebe. Gastronomie müsse bezahlbar bleiben und mit Blick auf ihre hohe Relevanz steuerpolitisch sachgerecht behandelt werden. Es dürfe gegenüber anderen Anbietern von Essen keine Benachteiligung geben. In 23 EU-Staaten gelte aktuell der reduzierte Mehrwertsteuersatz. „In den meisten Staaten werde Essen, egal ob, wie und wo zubereitet, steuerlich gleichbehandelt“, betont Zöllick und er fordert: „Wenn Restaurants, Wirtshäuser und Biergärten überleben sollen, müssen die 7 Prozent Mehrwertsteuer bleiben.“ [Hier kann die entsprechende Petition des Dehoga unterzeichnet werden.](#)

Bild: Dehoga-Präsident Guido Zöllick warnt vor einem Preisschock für die Gäste und fatale Folgen für das Gastgewerbe. © Dehoga Bundesverband/Svea Pietschmann

Business - 5. September 2023

Halbjahresbilanz 2023

"Mehrwertsteuererhöhung hätte fatale Folgen"



v.l.: Ingrid Hartges, Hauptgeschäftsführerin Dehoga, Guido Zöllick, Dehoga-Präsident und Pressesprecherin Stefanie Heckel. © Stefanie Reinhardt

Nach drei Verlustjahren in Folge steht das Gastgewerbe in Deutschland noch immer vor großen Herausforderungen. Der Dehoga warnt deshalb erneut vor einer Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Speisen.

Die Lage für das Gastgewerbe ist und bleibt extrem herausfordernd – so der Tenor auf einer Pressekonferenz des Dehoga in Berlin. Auf dieser stellte der Bundesverband Ergebnisse einer aktuellen Umfrage sowie die Umsatzzahlen für das erste Halbjahr 2023 vor.

Umsatzverlust im ersten Halbjahr

☐ WEITERE BEITRÄGE ZU

DIESEM ARTIKEL

[Scholz: Entscheidung über Mehrwertsteuer in Gastronomie am Jahresende](#)

[Regierung plant Bürokratie-Entlastungen](#)

Laut dem Statistischen Bundesamt liegen die preisbereinigten **Umsatzverluste in den ersten sechs Monaten** mit real 10,4 Prozent deutlich unter den Werten des Vorkrisenniveaus in 2019 (nominal +9,6%). Das Gaststättengewerbe schneidet bei diesen Vergleichswerten mit einem realen Umsatzminus von 13 Prozent (nominal +8,7%) sogar noch schlechter ab. Allein in 2020 und 2021 hat die Branche 36.000 Unternehmen verloren. In 2024 droht das **Aus von 12.000 weiteren Betrieben**, wenn zum Jahreswechsel die geplante Steuererhöhung von sieben auf 19 Prozent kommen würde. So lauten die Ergebnisse der aktuellen Dehoga-Umfrage. "Das ist bitter. Denn schon jetzt ist die Gastronomiedichte insbesondere im ländlichen Raum spürbar gesunken", sagte **Dehoga-Präsident Guido Zöllick** auf der Pressekonferenz in Berlin und mahnte erneut vor einer Steuererhöhung auf Speisen zum 1. Januar 2024.

Gastgewerbe mit schwierigem Sommer

Die Branche steht laut Dehoga massiv unter Druck, auch weil das Sommergeschäft vielerorts nicht wie erwartet lief. Laut Umfrage fiel es für jeden zweiten Unternehmer (54,4%) schlechter aus als im Vorkrisenjahr 2019, und für 40,7 Prozent sogar auch schlechter als 2022. "Neben dem **wechselhaften Wetter** stellten 64,5 Prozent der Betriebe einen **Rückgang der Gästezahlen** wegen der zunehmenden Konsumzurückhaltung fest", bestätigte der Dehoga-Präsident.

Als größte Herausforderung sehen 83,8 Prozent der Betriebe aktuell die **Kostenexplosion in den Bereichen Lebensmittel und Getränke**, gefolgt von den überproportional gestiegenen **Kosten für Energie** (79,5%), **Personal** (76%) und der **zunehmenden Bürokratie** (75%). 65,2 Prozent der Unternehmer sprechen zudem von einem akuten Mitarbeitermangel. "Die Existenzängste in der Branche sind unvermindert hoch. Mit 45,5 Prozent erwarten fast die Hälfte unserer Unternehmer, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher", so Zöllick. Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei zugleich steigenden Kosten befürchten 28 Prozent der Unternehmer, mit ihrem Betrieb im Jahr 2023 sogar in die Verlustzone zu geraten.

Verband befürchtet "fatale Folgen"

Eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen zum Jahreswechsel hätte laut Zöllick deshalb fatale Folgen für Gäste und Beschäftigte, für die Tourismuswirtschaft und die Betriebe. "Wir wollen, dass Gastronomie bezahlbar bleibt", sagte Zöllick, "das gilt auch für die Gemeinschafts- wie für die Kita- und Schulverpflegung. Sieben Prozent geben den Anbietern mehr finanzielle Möglichkeiten für den Kauf frischer, regionaler und ökologisch erzeugter Lebensmittel. Eine Steuererhöhung auf 19 Prozent würde daher in krassem Widerspruch zu den Zielen der Ernährungsstrategie der Bundesregierung stehen."

Bevölkerung für Erhalt der 7 Prozent

Auch eine **Mehrheit der Bevölkerung** (67 Prozent) **lehnt eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen** in der Gastronomie zum Jahreswechsel ab. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag des Dehoga Bundesverbands hervor. Sollte in Folge einer Steuererhöhung der Preis für Speisen um durchschnittlich zwölf Prozentpunkte steigen, würde die Mehrheit der Befragten (58 Prozent) seltener als aktuell auswärts essen gehen.

Diese **Ergebnisse bestätigen** nach Angaben des Dehoga die Zahlen ihrer eigenen **Branchenumfrage**, wonach eine Steuererhöhung zu Gästerückgängen und Umsatzeinbußen führen

Ifo-Umfrage

Preisschock in der Gastronomie

5. September 2023, 12:55 Uhr

Viele Gastwirte wollen in den kommenden Monaten die Preise erhöhen - teils deutlich. Grund ist die nach wie vor hohe Inflation.

Überdurchschnittlich viele Einzelhändler und Gastwirte wollen einer Umfrage zufolge in den kommenden Monaten ihre Preise heraufsetzen. Das Barometer für die Preiserwartungen in der deutschen Gesamtwirtschaft sank zwar im August auf 14,7 Punkte, von 16,3 im Juli, wie das Münchner Ifo-Institut zu seiner monatlichen Unternehmensumfrage mitteilte. Bei den Einzelhändlern sank der Wert allerdings nur von 34,9 auf 33,5 Punkte, in der Gastronomie von 47,8 auf 46,6 Zähler sowie beim Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln von 55,3 auf 55,1 Punkte.

Hotels und Restaurants in Deutschland kritisieren zudem erneut das Auslaufen von Steuererleichterungen Anfang 2024. "Die Existenzängste in der Branche sind unvermindert hoch", sagte Präsident Guido Zöllick vom Branchenverband Dehoga in Berlin. "Mit 45,5 Prozent erwarten fast die Hälfte unserer Unternehmen, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher." Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei zugleich steigenden Kosten befürchteten 28 Prozent der Betriebe, 2023 sogar Verluste zu schreiben. Wegen massiv gestiegener Kosten appellierte Zöllick erneut an die Politik, die auf sieben Prozent gesenkte Mehrwertsteuer dürfe 2024 nicht wieder auf 19 Prozent erhöht werden. "Das führt zu einem Preisschock für die Gäste."

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) fordert seit Längerem, die in der Corona- und Energiekrise reduzierte Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie dauerhaft niedrig zu halten. Nach mehrfacher Verlängerung soll der Steuersatz im Januar 2024 wieder von sieben auf die ursprünglichen 19 Prozent steigen. Dies müssten die Betriebe aber in vollem Umfang an die Gäste weitergeben wie auch weitere Kostenbelastungen, "da die Gastronomen keine Spielräume und Reserven mehr haben", warnte Zöllick. Im ersten Halbjahr waren die Umsätze - bereinigt um steigende Preise - zum Vorkrisenniveau von 2019 real um 10,4 Prozent gesunken. Die nominalen Erlöse hingegen waren inflationsbedingt knapp zehn Prozent höher.

Allein 2020 und 2021 hat die Branche laut Dehoga 36 000 Unternehmen verloren. Im kommenden Jahr drohe beim Auslaufen der Steuererleichterung 12 000 weiteren Betrieben das Aus, erklärte der Dehoga zu einer Umfrage unter rund 6500 Unternehmen. Demnach lagen die Preise für Lebensmittel den befragten Firmen zufolge zuletzt um durchschnittlich 25,3 Prozent höher als im August 2022, die von Getränken um 18,1 Prozent und die von Energieprodukten um 41,3 Prozent. Personalkosten erhöhten sich zudem um 21,0 Prozent.

"Der Rückgang der Inflation wird sich aber zäh hinziehen", sagte dazu Ifo-Konjunkturchef Timo Wollmershäuser. Die Inflationsrate ist im August von 6,2 auf 6,1 Prozent gefallen. Wieder stärker steigende Energiepreise verhinderten einen kräftigeren Rückgang. Der Preisanstieg in der Industrie sei "wohl fast gestoppt", sagt Wollmershäuser. Es gebe aber gegenläufige Entwicklungen: Die Autohersteller planen noch, ihre Preise anzuheben (plus 21,6 Punkte), die Papierhersteller wollen sie dagegen senken (minus 48,1).

Auch die Dienstleister wollen mehr Geld verlangen: Allerdings sind die Preiserwartungen weiter rückläufig und sanken von 27,0 auf 23,7 Punkte. "Auf dem Bau stehen etwas mehr Preissenkungen an", hieß es: Hier ging das Barometer von minus 8,3 auf minus 10,0 Punkte zurück. Die Punkte geben an, wie viel Prozent der Unternehmen per Saldo ihre Preise erhöhen wollen. Dieser Saldo ergibt sich, indem man vom prozentualen Anteil der Unternehmen, die mehr verlangen wollen, den prozentualen Anteil derer abzieht, die ihre Preise senken wollen.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.6196671

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/Reuters

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.

würde.

Der **reduzierte Mehrwertsteuersatz** gilt **aktuell in 23 EU-Staaten**. In den meisten Staaten wird Essen, egal ob, wie und wo zubereitet, steuerlich gleichbehandelt. "Mit Blick auf die hohe Relevanz der Gastronomie muss sie steuerpolitisch sachgerecht behandelt und darf gegenüber anderen Anbietern von Essen nicht benachteiligt werden", sagte der Dehoga-Präsident. Es sei "weder fair, noch gerecht noch logisch, dass ab dem 1. Januar 2024 für Essen in Cafés und Restaurants wieder 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig werden, während für das Essen zum Mitnehmen, den Fertigsalat aus dem Supermarkt und die Essenslieferung weiterhin sieben Prozent gelten."

Entscheidung für Ende des Jahres angekündigt

Über eine **Fortführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes** in der Gastronomie wird nach Worten von **Bundeskanzler Olaf Scholz** (SPD) erst am Jahresende entschieden. Es gebe einen **Haushaltsentwurf**, und im November oder Dezember müsse der Bundestag schauen, ob er Geld habe oder nicht, sagte Scholz vor Kurzem bei einem Bürgergespräch der Bayern-SPD in München. "Das ist ja eine teure Veranstaltung", sagte der SPD-Politiker. Wenn man die Regelung verlängern wolle, brauche man dafür den **Bundestag** und den **Bundesrat**. Denn die Verlängerung würde nicht nur den Bundeshaushalt Geld kosten, sondern auch die Länder und Gemeinden. Ein entsprechendes Gesetz müsse also in beiden Kammern mehrheitsfähig sein. *red/sar*

HOGA-PAGE

Guido Zöllick warnt vor einer Rückkehr zur 19-Prozent-Mehrwertsteuer

Dehoga-Präsident Guido Zöllick fordert das Beibehalten der 7-Prozent-Mehrwertsteuer in der Gastronomie. Nach drei Verlustjahren in Folge steht das Gastgewerbe in Deutschland noch immer vor großen, teilweise existenziellen Herausforderungen. Dehoga-Präsident Guido Zöllick stellt daher mit Nachdruck heraus, wie wichtig es ist, die reduzierte Mehrwertsteuer in der Gastronomie beizubehalten.

Dienstag, 05.09.2023, 13:59 Uhr, Autor: [Sarah Kleinen](#)

Laut dem Statistischen Bundesamt liegen die preisbereinigten Umsatzverluste im ersten Halbjahr 2023 **mit real 10,4 Prozent** deutlich unter den Werten des Vorkrisenniveaus in 2019 (nominal +9,6%). Das Gaststättengewerbe schneidet bei diesen Vergleichswerten mit einem realen **Umsatzminus von 13,0 Prozent** (nominal +8,7%) sogar noch schlechter ab.

Allein in 2020 und 2021 hat die Branche 36.000 Unternehmen verloren. In 2024 **droht das Aus von 12.000 weiteren Betrieben**, wenn zum Jahreswechsel die geplante Steuererhöhung von 7 auf 19 Prozent kommen würde. So lauten die Ergebnisse einer [aktuellen Dehoga-Umfrage](#).

„Das ist bitter. Denn schon jetzt ist die Gastronomiedichte insbesondere im ländlichen Raum spürbar gesunken“, sagt **Dehoga-Präsident Guido Zöllick**. „Eine Steuererhöhung auf Speisen zum 1. Januar 2024 müsste in vollem Umfang an die Gäste weitergegeben werden, wie auch weitere Kostenbelastungen, da die Gastronomen keine Spielräume und Reserven mehr haben. Das führt zu einem Preisschock für die Gäste. Weniger Gäste, Umsatzverluste und weitere Betriebsschließungen wären vorprogrammiert“, sagt Zöllick.

Er mahnt: „Warum soll unsere Branche wieder steuerlich benachteiligt werden? Wir wollen, dass Essen einheitlich mit 7 Prozent besteuert wird, egal ob, wie und wo zubereitet, und wie und wo verzehrt. So sieht Steuerfairness aus.“

Herausforderungen für die Branche

Nach Angaben des Dehogas steht die Branche massiv unter Druck, auch weil das Sommergeschäft vielerorts nicht wie erwartet lief. Laut Umfrage fiel es für jeden zweiten Unternehmer (54,4 Prozent) schlechter aus als im Vorkrisenjahr 2019, und für 40,7 Prozent sogar auch schlechter als 2022.

„Neben dem wechselhaften Wetter stellten 64,5 Prozent der Betriebe einen Rückgang der Gästezahlen wegen der zunehmenden Konsumzurückhaltung fest“, bestätigt der Dehoga-Präsident.

Fakt ist: Die Branche leidet ebenso wie ihre Gäste enorm **unter den weiter steigenden Kosten**. So gaben die Umfrageteilnehmer an, dass die Preise für Lebensmittel um durchschnittlich **25,3 Prozent höher lagen** als im August 2022, die von Getränken um 18,1 Prozent und die Energieprodukte **um 41,3 Prozent**, die Personalkosten kletterten gar um 21,0 Prozent nach oben.

Als größte Herausforderung sehen 83,8 Prozent der Betriebe die **Kostenexplosion in den Bereichen Lebensmittel und Getränke**, gefolgt von den überproportional gestiegenen Kosten für Energie (79,5 Prozent), Personal (76,0 Prozent) und der zunehmenden Bürokratie (75,0 Prozent). 65,2 Prozent der Unternehmer sprechen zudem von einem akuten Mitarbeitermangel.

„Die Existenzängste in der Branche sind unvermindert hoch. Mit 45,5 Prozent erwarten fast die Hälfte unserer Unternehmer, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher“, bestätigt Dehoga-Präsident Zöllick. Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei zugleich steigenden Kosten befürchten 28,0 Prozent der Unternehmer, mit ihrem Betrieb im Jahr 2023 sogar in die Verlustzone zu geraten.

Steuererhöhung auf 19 Prozent hätte fatale Folgen

Eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen zum Jahreswechsel hätte laut Zöllick fatale Folgen für Gäste und Beschäftigte, für die Tourismuswirtschaft und die Betriebe. Wenn noch mehr Restaurants und Cafés verschwinden, würde der **Verödung von Innenstädten** weiter Vorschub geleistet werden, der ländliche Raum würde auch an Attraktivität verlieren, ein Verlust an Lebensqualität wäre vorprogrammiert.

Auch der **Schaden für Lieferanten und Partner wäre groß**. Wertvolle regionale Wertschöpfungsketten, zum Beispiel mit der Landwirtschaft, dem Lebensmittelhandwerk, Winzern und Brauereien, würden in Mitleidenschaft gezogen.

„Wir wollen, dass Gastronomie bezahlbar bleibt“, sagt Guido Zöllick. „Das gilt auch für die Gemeinschafts- wie für die Kita- und Schulverpflegung. 7 Prozent geben den Anbietern mehr finanzielle Möglichkeiten für den Kauf frischer, regionaler und ökologisch erzeugter Lebensmittel. Eine Steuererhöhung auf 19 Prozent würde daher in krassem Widerspruch zu den Zielen der Ernährungsstrategie der Bundesregierung stehen.“

Große Mehrheit der Bevölkerung für Beibehaltung der 7-Prozent-Mehrwertsteuer

Auch mehr als **zwei Drittel der Menschen in Deutschland** (67 Prozent) lehnen eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen in der Gastronomie zum Jahreswechsel ab. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes hervor.

Die vorliegenden Ergebnisse **bestätigen damit die Zahlen der jüngsten Branchenumfrage des Dehogas**, wonach eine mögliche Steuererhöhung zu Gästerückgängen und Umsatzeinbußen führen würde.

So würde die absolute Mehrheit von 58 Prozent der Befragten vermutlich seltener als aktuell auswärts essen gehen, sollte in Folge einer Mehrwertsteuererhöhung der Preis für Speisen in der Gastronomie um durchschnittlich zwölf Prozentpunkte steigen. Ein Viertel (25 Prozent) würde dies hingegen genauso häufig wie aktuell tun und weitere sechs Prozent würden dies sogar öfter unternehmen. Zehn Prozent wissen hier keine Antwort oder erteilen keine Auskunft.

Das Vorhandensein von Restaurants, Wirtshäusern und/oder Biergärten im Wohnumfeld ist den Befragten **zu 32 Prozent eher und zu 27 Prozent sehr wichtig**. Dies ergibt folglich eine absolute Mehrheit (59 Prozent, kumuliert). 22 Prozent ist es hingegen weder wichtig noch unwichtig.

Die neue Insa-Studie belegt somit die Wichtigkeit von Restaurants, Wirtshäusern und Biergärten im Wohnumfeld für die Menschen. „Es ist erfreulich, dass unser zentrales Branchenanliegen nach Beibehaltung der 7-Prozent-Mehrwertsteuer ein so klares Votum aus der Bevölkerung bekommt“, sagt **Dehoga-Präsident Guido Zöllick**.

Steuergerechtigkeit heißt: Essen muss einheitlich mit 7 Prozent besteuert werden

Der reduzierte Mehrwertsteuersatz gilt aktuell in **23 EU-Staaten**. In den meisten Staaten wird Essen, egal ob, wie und wo zubereitet, steuerlich gleichbehandelt.

„Mit Blick auf die hohe Relevanz der Gastronomie muss sie steuerpolitisch sachgerecht behandelt und darf gegenüber anderen Anbietern von Essen nicht benachteiligt werden“, erklärt der Dehoga-Präsident. „Es ist weder fair noch gerecht noch logisch, dass ab dem 1. Januar 2024 für Essen in Cafés und Restaurants wieder 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig werden, während für das Essen zum Mitnehmen, den Fertigsalat aus dem Supermarkt und die Essenslieferung weiterhin 7 Prozent gelten.“

Das Angebot zur Essensmitnahme in Supermärkten und Discountern, Bäckereien und Metzgereien sowie Tankstellen wurde in den vergangenen zehn Jahren stetig ausgeweitet und **steht längst in großer Konkurrenz zu den gastronomischen Betrieben**.

„Wenn Restaurants, Wirtshäuser und Biergärten überleben sollen, müssen die 7 Prozent Mehrwertsteuer bleiben“, fordert Zöllick.

Ohne Gastro stirbt das Leben

DEHOGA-Chef Zöllick im Gespräch



Gerade passiert. Unverhoffte Erbschaft in der Familie. Ein etwas desolater Ex-Bauernhof mitten auf dem platten Land, mitten in Mecklenburg Vorpommern. Die Kreisstadt ist 10 Kilometer entfernt. Der Ort hat zirka 600 Einwohner. Erste Ortsbesichtigung: es gibt zwar sogar eine Kirche, aber sonst nur DDR-typische Häuschen drumherum gruppiert. Kein Laden, kein Gasthaus. Vor allem kein Gasthaus. Keine Seele mehr in diesem Ort. Will man dort vielleicht ein Zweitdomizil einrichten? Wir diskutieren noch, aber die Tendenz ist eindeutig: nein

Obwohl die Gegend schön ist. Etwas nordöstlich der Touristenregion Müritzer Seenlandschaft. Und andere Dörfer nicht weit entfernt haben es, die Eisdielen, das kleine Café oder sogar ein Gasthaus für den kleinen Hunger.

Und an diesem persönlichen Beispiel erkennt man schön, dass die Überschrift kein Click-Baiting ist. Ohne Gastronomie ist die Lebensqualität extrem eingeschränkt. Gerade im ländlichen Raum, wo man nicht, wie in der Berliner Innenstadt, im Umkreis von 500 Metern eine dutzendauswahl hätte.

Und wenn es dann noch so eine strukturschwache Gegend ist, wie diese in Mecklenburg Vorpommern abseits der touristischen Leuchttürme, dann ahnt man, dass hier das Henne-Ei Paradoxon zu einem schlechten Ende führt: Kein Gasthof, kein Leben, kein Leben, kein Gasthof.

Nun hängt der deutschen Hotellerie und Gastronomie seit Jahren ein kleiner politischer Hautgout nach, dass da eine Möwe lobbierend herumgepickt habe und sie deshalb von der FDP ein Steuergeschenk bekam: die reduzierte 7% Mehrwertsteuer auf Hotelübernachtungen. Ein politisches Quid-pro-quo gewissermaßen – und entsprechend auch argwöhnisch beschaut.

Doch auch der Gastronomie kam man dann ganz pragmatisch und ohne Parteispende in Pandemie-Zeiten gleichermaßen zu Hilfe. Aber nun möchten Haushalts-Politiker dieses 12-Prozent-„Geschenk“ Ende des Jahres endgültig auslaufen lassen. Dagegen kämpft der DEHOGA Bundesverband. Muss er ja auch als Lobby-Vereinigung, und wer gibt schon gerne „Geschenke“ wieder zurück?

Dennoch: Hier scheint die Subventionierung der Gastronomie mehr zu sein, als eine steuerliche Mindereinnahme. Eine Rückkehr zu 19 % Mehrwertsteuer auf Restaurant-Essen macht gesellschaftlich keinen Sinn. Erstens, weil Lebensmittel, Fertig-Gerichte im Supermarkt, Take-Away und Lieferdienste nach wie vor mit 7% Steuer bewertet werden, aber auch, weil die Folge eines unausweichlichen Preisanstiegs bei gastronomischen Leistungen unweigerlich zu weniger Gästen mit weniger Ausgaben – ergo, weniger Einnahmen und weniger Steuern – führen dürfte; ganz abgesehen davon, dass der DEHOGA jetzt schon prognostiziert, dass ein Zurück zu den 19% auf Essen zu einer Schließung von sicher 12.000 Betrieben führen dürfte. (Recap: während der Pandemie machten schon 36.000 zu, weil sie keine wirtschaftliche Zukunft mehr hatten.)

Es geht also nicht um die Alimentierung einer prosperierenden Industrie, oder um eine staatliche Hilfe für Unternehmen, die sich durch Management-Fehler verzockt haben und nun „too big to fail“ sind. Es geht um Lebensqualität und um Orte für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um das „öffentliche Wohnzimmer“ in vielen Gemeinden. Auf jeden Fall um so wichtige Bereiche, dass es kein rein haushaltspolitisches Problem mehr ist.

Und dieses Mal hat das Gastgewerbe sogar die Bevölkerung klar hinter sich, wenn es um die Beibehaltung der 7% geht. Über Zweidrittel der Deutschen will das so. Nicht nur, weil Steuern ja grundsätzlich uncool sind. Die meisten haben begriffen, dass es bei den Restaurants, Bistros und Gasthäusern um Orte geht, die maßgeblich über die Lebens-Zufriedenheit bestimmen.

Darüber unterhalte ich mich mit dem Präsidenten des DEHOGA Bundesverbandes, dem Hotelier und Gastgeber Guido Zöllick.

Quelle:

<https://wasmitreisen.com/ohne-gastro-stirbt-das-leben/>

GOURMETWELTEN

Das Genussportal

[News](#) [Restaurants](#) [Hotels](#) [Reise](#) [Lifestyle](#) [Food & Drinks](#) [Wein](#) [Cup der Gourmetwelten](#)

[Home](#) » [News](#) » [Verband warnt vor höherer Steuer](#)

Dehoga

Verband warnt vor höherer Steuer

5. September 2023

DEHOGA-Präsident Zöllick fordert: „Steuerfairness mit einheitlich 7% Mehrwertsteuer auf Essen. Deshalb müssen die 7% auf Speisen in der Gastronomie bleiben.“ Angesichts der weiterhin schwierigen Lage für das Gastgewerbe hat der Branchenverband Dehoga seine Forderungen nach einer dauerhaft niedrigen Mehrwertsteuer für die Unternehmen bekräftigt. INSA-UMFRAGE: Große Mehrheit der Bevölkerung für Beibehaltung der 7% Mehrwertsteuer in der Gastronomie.



Nach drei Verlustjahren in Folge steht das Gastgewerbe in Deutschland noch immer vor großen, teilweise existenziellen Herausforderungen. Laut dem Statistischen Bundesamt liegen die preisbereinigten Umsatzverluste im ersten Halbjahr 2023 mit real 10,4 Prozent deutlich unter den Werten des Vorkrisenniveaus in 2019 (nominal +9,6%). Das Gaststättengewerbe schneidet bei diesen Vergleichswerten mit einem realen Umsatzminus von 13,0 Prozent (nominal +8,7%) sogar noch schlechter ab. Allein in 2020 und 2021 hat die Branche 36.000 Unternehmen verloren. In 2024 droht das Aus von 12.000 weiteren Betrieben, wenn zum Jahreswechsel die geplante Steuererhöhung von 7 auf 19 Prozent kommen würde. So lauten die Ergebnisse der aktuellen DEHOGA-Umfrage. „Das ist bitter. Denn schon jetzt ist die Gastronomiedichte insbesondere im ländlichen Raum spürbar gesunken“, sagt DEHOGA-Präsident Guido Zöllick. „Eine Steuererhöhung auf Speisen zum 1. Januar 2024 müsste in vollem Umfang an die Gäste weitergegeben werden wie auch weitere Kostenbelastungen, da die Gastronomen keine Spielräume und Reserven mehr haben. Das führt zu einem Preisschock für die Gäste. Weniger Gäste, Umsatzverluste und weitere Betriebsschließungen wären vorprogrammiert“, so Zöllick und mahnt: „Warum soll unsere Branche wieder steuerlich benachteiligt werden? Wir wollen, dass Essen einheitlich mit 7% besteuert wird, egal ob, wie und wo zubereitet, und wie und wo verzehrt. So sieht Steuerfairness aus.“

Die Branche steht massiv unter Druck, auch weil das Sommergeschäft vielerorts nicht wie erwartet lief. Laut Umfrage fiel es für jeden zweiten Unternehmer (54,4%) schlechter aus als im Vorkrisenjahr 2019, und für 40,7 Prozent sogar auch schlechter als 2022. „Neben dem wechselhaften Wetter stellten 64,5 Prozent der Betriebe einen Rückgang der Gästezahlen wegen der zunehmenden Konsumzurückhaltung fest“, bestätigt der DEHOGA-Präsident.

Weitere Ergebnisse der DEHOGA-Umfrage

Fakt ist: Die Branche leidet ebenso wie ihre Gäste enorm unter den weiter steigenden Kosten. So gaben die Umfrageteilnehmer an, dass die Preise für Lebensmittel um durchschnittlich 25,3 Prozent höher lagen als im August 2022, die von Getränken um 18,1 Prozent und die Energieprodukte um 41,3 Prozent, die Personalkosten kletterten gar um 21,0 Prozent nach oben.

Als größte Herausforderung sehen 83,8 Prozent der Betriebe die Kostenexplosion in den Bereichen Lebensmittel und Getränke, gefolgt von den überproportional gestiegenen Kosten für Energie (79,5%), Personal (76,0%) und der



zunehmenden
Bürokratie (75,0%).
65,2 Prozent der
Unternehmer



sprechen zudem von einem akuten Mitarbeitermangel. „Die Existenzängste in der Branche sind unvermindert hoch. Mit 45,5 Prozent erwarten fast die Hälfte unserer Unternehmer, dass die Geschäfte in den kommenden drei Monaten schlechter laufen als bisher“, bestätigt DEHOGA-Präsident Zöllick. Vor dem Hintergrund sinkender Gästezahlen bei zugleich steigenden Kosten befürchten 28,0 Prozent der Unternehmer, mit ihrem Betrieb im Jahr 2023 sogar in die Verlustzone zu geraten.

Steuererhöhung auf 19% hätte fatale Folgen

Eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen zum Jahreswechsel hätte laut Zöllick fatale Folgen für Gäste und Beschäftigte, für die Tourismuswirtschaft und die Betriebe. Wenn noch mehr Restaurants und Cafés verschwinden, würde der Verödung von Innenstädten weiter Vorschub geleistet werden, der ländliche Raum würde auch an Attraktivität verlieren, ein Verlust an Lebensqualität wäre vorprogrammiert.

Auch der Schaden für unsere Lieferanten und Partner wäre groß. Wertvolle regionale Wertschöpfungsketten, zum Beispiel mit der Landwirtschaft, dem Lebensmittelhandwerk, Winzern und Brauereien, würden in Mitleidenschaft gezogen. „Wir wollen, dass Gastronomie bezahlbar bleibt“, sagt Guido Zöllick, „das gilt auch für die Gemeinschafts- wie für die Kita- und Schulverpflegung. 7% geben den Anbietern mehr finanzielle Möglichkeiten für den Kauf frischer, regionaler und ökologisch erzeugter Lebensmittel. Eine Steuererhöhung auf 19 Prozent würde

daher in krassem Widerspruch zu den Zielen der Ernährungsstrategie der Bundesregierung stehen.“

Steuergerechtigkeit heißt: Essen muss einheitlich mit 7% besteuert werden

Der reduzierte Mehrwertsteuersatz gilt aktuell in 23 EU-Staaten. In den meisten Staaten wird Essen, egal ob, wie und wo zubereitet, steuerlich gleichbehandelt. „Mit Blick auf die hohe Relevanz der Gastronomie muss sie steuerpolitisch sachgerecht behandelt und darf gegenüber anderen Anbietern von Essen nicht benachteiligt werden“, erklärt der DEHOGA-Präsident. Seit Jahrzehnten macht sich der DEHOGA stark für einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz auf Essen - egal wo und wie es zubereitet und konsumiert wird. Zöllick: „Es ist weder fair noch gerecht noch logisch, dass ab dem 1. Januar 2024 für Essen in Cafés und Restaurants wieder 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig werden, während für das Essen zum Mitnehmen, den Fertigsalat aus dem Supermarkt und die Essenslieferung weiterhin 7% gelten.“ Das Angebot zur Essensmitnahme in Supermärkten und Discountern, Bäckereien und Metzgereien sowie Tankstellen wurde in den vergangenen zehn Jahren stetig ausgeweitet und steht längst in großer Konkurrenz zu den gastronomischen Betrieben. „Wenn Restaurants, Wirtshäuser und Biergärten überleben sollen, müssen die 7% Mehrwertsteuer bleiben“, fordert Zöllick.

Eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen in der Gastronomie zum Jahreswechsel lehnen mehr als zwei Drittel der Menschen in Deutschland ab. Mehr als jeder Zweite würde in dem Fall seltener essen gehen. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA Bundesverband) hervor. Die vorliegenden Ergebnisse bestätigen damit die Zahlen der jüngsten Branchenumfrage des DEHOGA, wonach eine mögliche Steuererhöhung zu Gästerückgängen und Umsatzeinbußen führen

würde. Die neue Insa-Studie belegt zudem die Wichtigkeit von Restaurants, Wirtshäusern und Biergärten im Wohnumfeld für die Menschen. „Es ist erfreulich, dass unser zentrales Branchenanliegen nach Beibehaltung der 7% Mehrwertsteuer ein so klares Votum aus der Bevölkerung bekommt“, sagt DEHOGA-Präsident Guido Zöllick.

Die Ergebnisse im Detail:

Eine absolute Mehrheit von 67 Prozent (kumuliert) der Befragten lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie von sieben auf 19 Prozent ab, darunter 23 Prozent eher und 44 Prozent sehr. Zwölf Prozent befürworten weder eine solche Erhöhung noch lehnen sie sie ab. Diesen stehen 15 Prozent (kumuliert) gegenüber, welche sich für eine Steueranhebung aussprechen (10% eher, 5% sehr). Sechs Prozent können oder wollen sich nicht positionieren.

Sollte in Folge einer Mehrwertsteuererhöhung von sieben auf 19 Prozent der Preis für Speisen in der Gastronomie um durchschnittlich zwölf Prozentpunkte steigen, würde die absolute Mehrheit von 58 Prozent der Befragten vermutlich seltener als aktuell auswärts essen gehen. Ein Viertel (25%) würde dies hingegen genauso häufig wie aktuell tun und weitere sechs Prozent würden dies sogar öfter unternehmen. Zehn Prozent wissen hier keine Antwort oder erteilen keine Auskunft.

Das Vorhandensein von Restaurants, Wirtshäusern und/oder Biergärten im Wohnumfeld ist den Befragten zu 32 Prozent eher und zu 27 Prozent sehr wichtig. Dies ergibt folglich eine absolute Mehrheit (59%, kumuliert). 22 Prozent ist es hingegen weder wichtig noch unwichtig. Für weitere neun Prozent ist es eher von geringer Bedeutung und weiteren acht Prozent ist es sogar sehr unwichtig (17%, kumuliert). Drei Prozent können oder wollen hierzu keine Einschätzung abgeben.

86 Prozent der Befragten geben an, dass sie die Gastronomie

regelmäßig nutzen. Davon gehen 22 Prozent der Befragten einmal im Monat essen, ein Fünftel (20%) mehrmals im Monat, 12 Prozent einmal in der Woche und 5 Prozent mehrmals in der Woche. 27 Prozent der Umfrageteilnehmer gehen durchschnittlich seltener als einmal im Monat in Restaurants, Wirtshäuser oder Biergärten, um dort zu essen.



Der kleine Grieche um die Ecke

Vor einiger Zeit stand ich vor dem Eingang zu meinem „Lieblings-Griechen“. Drinnen war alles dunkel, die Tür verschlossen. Es geschah an einem Dienstag. Dienstags ist neuerdings geschlossen. So etwas kennt man von früher nur von Ausflügen aufs Land. Das gleiche passierte mir an einem Montag bei meinem „Lieblings-Kroaten“. Der hat jetzt nämlich montags geschlossen, so wie der Italiener an der nächsten Ecke. Was ist los? Personalmangel, was sonst.

Nicht die Apotheke, der Handy-Shop oder eines der unzähligen Nagel-Studios sind es, die einen Kiez lebenswert machen, sondern die Gaststätten. Dort spielt sich das Leben ab, längst nachdem die Geschäfte geschlossen haben. Sie sind die Wohnzimmer der Menschen, wie die Hauptgeschäftsführerin des DEHOGA Bundesverbands Ingrid Hartges heute Mittag auf einer Pressekonferenz in der „Ständigen Vertretung“ am Schiffbauerdamm die Gasträume nannte. Ja, hier trifft man sich, privat, geschäftlich, feiert Geburtstage oder führt Vereinsversammlungen durch.

Die Zahl der Gaststätten nimmt ständig ab. Wie oft wollte man mal wieder ins „Wilmsdorfer Faß“ in der Düsseldorfer Straße gehen – längst geschlossen. Häufig liegen die Gründe auch im Auslaufen der Mietverträge und einen neuen abzuschließen kann sich kaum noch jemand leisten.

Corona hat die Gastronomie arg gebeutelt. Da war es gut, dass 2020 die Mehrwertsteuer von 19 auf sieben Prozent gesenkt wurde. Die befristete Regelung ist verlängert worden, steht aber zum Jahresende erneut auf dem Prüfstand. Wer sich eine Pizza nach Hause bestellt, zahlt sieben Prozent Mehrwertsteuer, im Restaurant 19 Prozent. Das ist Unsinn. In jedem europäischen Land liegt der Steuersatz für die Gastronomie deutlich unter dem regulären. Das soll auch in Deutschland so bleiben.

DEHOGA-Präsident Guido Zöllick erklärt warum: „Eine Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen in der Gastronomie zum Jahreswechsel lehnen mehr als zwei Drittel der Menschen in Deutschland ab. Mehr als jeder Zweite würde in dem Fall seltener essen gehen. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA Bundesverband) hervor. Die vorliegenden Ergebnisse bestätigen damit die Zahlen der jüngsten Branchenumfrage des DEHOGA, wonach eine mögliche Steuererhöhung zu Gästerückgängen und Umsatz-

einbußen führen würde. Die neue Insa-Studie belegt zudem die Wichtigkeit von Restaurants, Wirtshäusern und Biergärten im Wohnumfeld für die Menschen. Es ist erfreulich, dass unser zentrales Branchenanliegen nach Beibehaltung der 7% Mehrwertsteuer ein so klares Votum aus der Bevölkerung bekommt.“



v.l.: Ingrid Hartges, Guido Zöllick und Pressesprecherin Stefanie Heckel. Foto: Ed Koch

Und so denken die Gäste:

Eine absolute Mehrheit von 67 Prozent der Befragten lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie von sieben auf 19 Prozent ab. Sollte in Folge einer Mehrwertsteuererhöhung von sieben auf 19 Prozent der Preis für Speisen in der Gastronomie um durchschnittlich zwölf Prozentpunkte steigen, würde die absolute Mehrheit von 58 Prozent der Befragten vermutlich seltener als aktuell auswärts essen gehen. Das Vorhandensein von Restaurants, Wirtshäusern oder Biergärten im Wohnumfeld ist den Befragten zu 32 Prozent eher und zu 27 Prozent sehr wichtig, also 59 Prozent insgesamt. 86 Prozent der Befragten geben an, dass sie die Gastronomie regelmäßig nutzen.

Der Besuch eines Restaurants mit Freunden oder Geschäftspartnern ist mehr als nur Essen gehen. Es ist ein gesellschaftliches Ereignis. In den Restaurants, Kneipen oder Bistros schlägt das Herz des Kiezes. Die Menschen müssen sich aber den Besuch in den Gaststätten leisten können. Die Verödung in den Innenstädten schreitet rasant voran, weil immer mehr Menschen nicht mehr in Geschäften einkaufen gehen, sondern sich alles nach Hause liefern lassen. Wo soll das hinführen? Auch Speisen lässt man sich zu sieben Prozent liefern, anstatt es sich in seinem zweiten Wohnzimmer gemütlich zu machen. Wir alle müssen dazu beitragen, dass in unseren Kiezen nicht schon um 20:00 Uhr die Lichter ausgehen. Also, bisher nachher, bei Radi, nicht bei Kostas, denn heute ist Dienstag. Ed Koch